

Spannungen in der EU

Konfrontationen im EU-Zentrum www.german-foreign-policy.com	S. 1
Ost-West-Spannungen in der EU https://makroskop.eu/	S. 3

Divers, Waffen-Wiederausfuhrverbot

Buchbesprechungen	S. 7
Divers	p. 11
Wiederausfuhrverbot und Neutralität von Paul Ruppen	S. 15
Kurzinfos	S. 18



edito

Spannungen gehören zur Politik und bei der Beschreibungen von Spannungen in der EU geht es nicht gleich darum, den Untergang der EU zu prognostizieren. Die EU hat schon manche Krise überstanden, woraus manche EU-Befürworter den etwas voreiligen Schluss ziehen, dass sie alle Krisen überstehen wird, und dabei immer stärker wird. Es gibt recht starke politische Kräfte, die am Erhalte des vorliegenden Mehrebenensystem interessiert sind. Die Regierungen können mit den Verwaltungen im Rücken unter fast vollständiger Ausschaltung mitgliedstaatlicher parlamentarischer Kontrollen Gesetze machen, eine Aufgabe die eigentlich Parlamenten zukäme. Handkehrum kann man in den Mitgliedstaaten unterlassene Problemlösungen durch Brüssel rechtfertigen. Für Exekutiv-Politiker samt ihren Verwaltungen ist das ein

Schlaraffenland – das gibt man nicht so einfach auf. Auch für Multis ist es einfacher in Brüssel zu lobbyieren statt in jedem der fast 30 Mitgliedsstaaten. Genügend grosse NGOs können sich durch Lobbying in Brüssel der Illusion von Mitgestaltung hingeben. Betriebsökonomisch macht der Binnenmarkt für viele Unternehmungen Sinn, für periphere Länder volkswirtschaftlich allerdings nicht. Solange der Einkauf der «Eliten» dieser Länder finanziell für die Zentren tragbar ist, wird die EU also kaum wirklich schlingern. Nebenbei: Kooperation zwischen Staaten ist dringend nötig – aber demokratisch kontrolliert und ohne Blockbildung!

Paul Ruppen

Forum für direkte Demokratie und EUROPA-MAGAZIN

Die direkte Demokratie gerät in der Schweiz zunehmend unter Druck. Ein eventueller EU-Beitritt droht, sie ihrer Substanz zu berauben. Wirtschafts-, Agrar-, Gesundheits- und Umweltpolitik würden bei einem EU-Beitritt den Entscheidungskompetenzen des Volkes weitgehend entzogen. Internationale Zusammenarbeit ist für die Lösung vieler Probleme unabdingbar. Kooperation über die Grenzen hinaus darf aber nicht als Vorwand missbraucht werden, die direkte Demokratie auszuhöhlen. Denn nur die direkte Demokratie kann eine minimale, inhaltliche Kontrolle der politischen Entscheidungsprozesse gewährleisten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion will rohstoffverschleissendes, quantitatives Wachstum forcieren. Räumliche und wirtschaftliche Konzentrationsprozesse sollen der europäischen Wirtschaft vor den übrigen Wirtschaftsmächten einen Konkurrenzvorteil verschaffen. Unter friedens-, umwelt- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten sind dies Schritte in die falsche Richtung: laut EU-Parlament besteht eines der Ziele einer gemeinsamen 'europäischen Verteidigungspolitik' darin, die Interessen der Union in allen ihren Aspekten zu schützen, "einschliesslich der Versorgungssicherheit in wesentlichen Punkten, wenn diplomatische Instrumente dazu nicht mehr ausreichen" (A4-0171/98 (14. Mai 98) Punkt 3).

Das **Forum für direkte Demokratie** ist eine überparteiliche Bewegung von Leuten aus dem ökologisch-sozialen Lager, die der offiziellen EU-Politik gegenüber kritisch eingestellt sind. Für Europa streben wir die Dezentralisation und Demokratisierung der bestehenden Territorialstaaten, die Verstärkung der internationalen Kooperation (OSZE, Europarat, Umweltkonferenzen, Minderheitenschutz, Menschenrechte, Sozialgesetzgebung) und die Pflege des vielfältigen Kontaktes zwischen Regionen, Staaten, Organisationen und Menschen an.

Ziel des Forums ist eine breite Information der Mitglieder über europapolitische Fragen. Dazu wird 2 Mal pro Jahr das

EUROPA-MAGAZIN herausgegeben, das auch von Nicht-Mitgliedern abonniert werden kann. Das Forum organisiert Veranstaltungen und versucht, in den Kantonen Regionalgruppen aufzubauen und zu betreuen. Wenn Ihnen direkte demokratische Selbstbestimmung im Rahmen der Menschenrechte und dezentrale Strukturen in Europa am Herzen liegen, werden Sie Mitglied des Forums, engagieren Sie sich oder abonnieren Sie das Europa-Magazin.

Den Spenderinnen, Abonentinnen und Mitgliedern, die ihren Beitrag 2023 bereits bezahlt haben, möchten wir danken. Die übrigen möchten wir bitten, uns möglichst bald ihre jeweils freudig begrüßten Überweisungen zu machen. Wir arbeiten gratis – sind aber, wenn sich der Abo- und Mitgliederstamm nicht ausweitet, bald dem Untergang geweiht. Wie wäre es, wenn jede Leserin oder Leser uns je einen Abonnenten, eine Spenderin oder ein Mitglied sucht? Sie könnten sich z.B. auch als Lektorin oder Lektor einbringen.

Alle Nummern seit 1999 sind auf unserer Home-Page <https://www.europa-magazin.ch> – auch als pdf-Version – dauerhaft einsehbar. Dort kann man mit Stichworten auch in den Texten suchen, um alle Artikel mit dem entsprechenden Stichwort aufzufinden.

Zu Werbezwecken können Sie bei uns alte Nummern (Papierversion) bestellen.



Deutsch-französische Differenzen

Konfrontationen im EU-Zentrum

Deutsch-französische Streitigkeiten verzögern u.a. das gemeinsame Nachfolgeprojekt für den Leopard 2. Französische Experten sehen die bilateralen Beziehungen in einer tiefen Krise.

<https://www.german-foreign-policy.com>

Das deutsch-französische Landkampfsystem MGCS, ein Nachfolgeprojekt für den Kampfpanzer Leopard 2, ist vom Scheitern bedroht. Wie das Deutsche Bundesverteidigungsministerium in einem vertraulichen Bericht einräumt, haben Differenzen zwischen Berlin und Paris schon heute, kaum sechs Jahre nach dem offiziellen Start des Vorhabens, zu „mehrjährigen Verzögerungen im ursprünglichen Programmplan“ geführt. Die eigentlich für 2035 geplante Fertigstellung sei „nicht mehr realisierbar“; zu rechnen sei mit einer Indienststellung des MGCS frühestens im Jahr 2040.

Deutsche Panzerbauer legen inzwischen Alternativen vor – Rheinmetall etwa den Kampfpanzer Panther; darüber hinaus ist inzwischen auch eine weitere Modernisierung des bewährten Leopard 2 zum Leopard 2A8 geplant. Deutsch-französische Streitigkeiten prägen die europäische Rüstungsbranche auch jenseits des MGCS, so etwa beim Kampfjet der nächsten Generation (FCAS) oder bei Berlins Plänen für ein neues europäisches Flugabwehrsystem. In Paris weisen Experten darauf hin, dass sich die Bundesregierung im Ukraine-Krieg nicht Frankreich, sondern vielmehr den USA angenähert hat, und warnen vor einer innereuropäischen „Epoche der Konfrontation“.

„Systemumdenken“ in der Landkriegsführung

Die Arbeiten am Main Ground Combat System (MGCS) sind offiziell im Jahr 2017 gestartet worden. Das MGCS wird gewöhnlich als „Kampfpanzer der nächsten Generation“ bezeichnet – ein wenig verkürzend: In der Branche ist von einem qualitativen Sprung die Rede, ähnlich etwa demjenigen vom Propellerflugzeug zum Düsenjet. Ralf Ketzler, Geschäftsführer des Rüstungskonzerns Krauss-Maffei Wegmann (KMW), hat im Herbst 2022 ausdrücklich konstatiert, das Projekt werde „kein Panzer sein“.^[1] Die Unterschiede seien groß; so solle nicht nur der Turm – der Ort mit der größten

Gefahr, im Gefecht zu Tode zu kommen – künftig unbemannt sein; man plane darüber hinaus komplett neue Elemente wie Roboter und ferngesteuerte Überwachungsgeräte, die digital eng vernetzt seien und eine Art verbundenes Kampfsystem bilden. Das MGCS, das in intensiver Kooperation mit den „Nutzern“ entwickelt werden solle – in der Praxis also wohl insbesondere mit der Deutschen Bundeswehr –, bringe ein weitreichendes „Systemumdenken“ in der Landkriegsführung mit sich. Ausführliche Strategien, die in diese Richtung weisen, hat das Deutsche Heer bereits vor Jahren entwickelt und auch öffentlich vorgelegt, darunter Konzepte, die Künstliche Intelligenz (KI) zur Kriegsführung nutzen (german-foreign-policy.com berichtete ^[2]).

Mehrjährige Verzögerungen

Das MGCS ist explizit als deutsch-französisches Projekt konzipiert worden: zum einen, weil die Kosten extrem hoch sind – sie werden auf 100 Milliarden Euro geschätzt –, zum anderen, um die Verschmelzung der nationalen Waffenschmieden in der EU zu einer kontinentalen rüstungsindustriellen Basis voranzutreiben. Das gelingt bisher nicht; vielmehr ist die Zukunft des Vorhabens ungewisser denn je. Zur Umsetzung des Projekts haben Berlin und Paris vor Jahren den Zusammenschluss der Panzerbauer KMW (Deutschland) und Nexter (Frankreich) zu KNDS durchgesetzt; auch Rheinmetall (Deutschland) ist in das Vorhaben eingebunden. Kürzlich hieß es in einem vertraulichen Bericht des Deutschen Bundesverteidigungsministeriums, auf vier von acht zentralen „Technologiefeldern“ sei immer noch nicht geklärt, welcher Konzern jeweils Hauptauftragnehmer werden solle.^[3] Fordere die deutsche Seite bei „deutschen Schlüsseltechnologien“ eine „sichtbare Führungsrolle“ ein, gebe es in Frankreich gewichtige „Bedenken“ dagegen. Die „bislang strittigen Themen“ hätten „weiterhin keiner Lösung zugeführt“ werden können. Da es längst zu „mehrjährigen Verzögerungen im ursprünglichen Programmplan“ gekommen sei, sei die ursprünglich geplante Fertigstellung des MGCS im Jahr 2035 „nicht mehr realisierbar“. Man rechne nun frühestens 2040 damit.

Nationale Lösungen

Mittlerweile wird auch ein komplettes Scheitern des Projekts nicht mehr ausgeschlossen. So wurde kürzlich der General-

^[1] „MGCS wird kein Panzer sein“. wehrtechnik.info 26.10.2022.

^[2] S. dazu Drohnenschwärme im Zukunftskrieg (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7425/>) und Kriegsführung mit Künstlicher Intelligenz (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8084/>)

^[3] Thomas Steinmann: Deutsch-französischer Superpanzer kommt später als geplant. capital.de 11.04.2023.



stabschef des französischen Heeres, Pierre Schill, mit der Aussage zitiert, für Paris sei die Herstellung eines Nachfolgemodells für den Kampfpanzer Leclerc eine „strategische Frage“; komme das MGCS auch weiterhin nicht vom Fleck, dann müsse es ein rein französisches Modell geben.^[4] Der ehemalige Wehrbeauftragte des Bundestags, Hans-Peter Bartels (SPD), erklärte seinerseits: „Die deutsche Industrie braucht keine französische Unterstützung, um einen neuen Kampfpanzer zu entwickeln“. Auch zwischen den deutschen Konzernen KMW und Rheinmetall gibt es Streit. So ist Rheinmetall mit einem neuen Kampfpanzer vorgeprescht, der den – von einem Kampfpanzer der Wehrmacht übernommenen – Namen Panther trägt und womöglich in einem neuen Werk in der Ukraine gebaut werden soll (german-foreign-policy.com berichtete ^[5]). Bei KMW heißt es, bei dem Modell handle es sich praktisch um ein „Leopard-Fahrgestell“ mit einem herkömmlichen bemannten Turm – „eine ummantelte Darstellung einer schon vor Jahren vorgestellten Kanonenentwicklung“: nichts Neues also.^[6] Um die Lücke bis zur Fertigstellung des MGCS zu überbrücken, ist auch eine Weiterentwicklung des alten Leopard 2 zum Leopard 2A8 in Planung.^[7]

USA statt Frankreich

Die Differenzen in Sachen MGCS wiegen umso schwerer, als sie von Beobachtern nur als Symptom umfassenderer deutsch-französischer Konflikte eingestuft werden. Streit gibt es seit Jahren auch beim deutsch-französischen Kampfjet der nächsten Generation, dem FCAS (Future Combat Air System). Sie konnten zuletzt nur durch energische politische Intervention beigelegt werden – zumindest vorläufig.^[8] In Paris hat heftigen Unmut ausgelöst, dass Berlin den Aufbau eines europäischen Flugabwehrsystems plant, bei dem US-amerikanische und israelische Modelle genutzt werden sollen, eine französisch-italienische – also europäische – Entwicklung aber nicht.^[9] In Frankreich wird zudem heftig Kritik daran geübt, dass die Bundesregierung ihr 100 Milliarden Euro schweres Sonderrüstungsprogramm vorwiegend für den Kauf von US-Rüstungsgütern wie etwa dem Kampfjet F-35 einsetzt. Bereits zuvor, im Juni 2021, hatte Berlin entschieden, auf die ursprünglich geplante Entwicklung eines deutsch-französischen Seefernaufklärers (Maritime Airborne Warfare System, MAWS) gänzlich zu verzichten und stattdessen die US-amerikanische Boeing P-8 Poseidon zu beschaffen. Aktuell wird von manchen befürchtet, die Ankündigung von Verteidigungsminister Boris Pistorius, fertige Produkte statt komplexer Neuentwicklungen

zu beschaffen, könne deutsch-französische Vorhaben weiter schwächen.

Keine Kompromisse mehr

Deutsch-französische Streitigkeiten gibt es auch darüber hinaus zahlreich (german-foreign-policy.com berichtete ^[10]). Schon im Februar 23 wies Camille Grand vom European Council on Foreign Relations (ECFR) darauf hin, Berlin stimme sich im Ukraine-Krieg enger mit Washington ab als mit Paris; dies deute klar darauf hin, dass der Bundesregierung mehr daran gelegen sei, „zu einer soliden Beziehung zu Washington zurückzukehren, als gemeinsam mit Paris eine starke europäische Agenda zu entwickeln“.^[11] Landry Charrier, der an der Sorbonne forscht, urteilte im März, der Ukraine-Krieg habe vielleicht „das transatlantische Bündnis zusammengeschießt“: „Für Deutschland und Frankreich wurde er jedoch zum Spaltpilz.“^[12] Beide Staaten seien sich schon recht „lange bewusst, dass sie unterschiedliche Antworten auf globale Herausforderungen haben“; nun aber seien „die Zeiten, in denen sie Kompromisse erarbeiteten“, vorbei. „Aus französischer Sicht verfolgt der Bundeskanzler eine Strategie, die Europa abhängig von den USA macht und am Ende die eigene Handlungsfähigkeit gefährdet“, erläutert Charrier: „Daher die Härte, die Macron gegenüber Deutschland an den Tag legt.“ Zwischen Deutschland und Frankreich breche aktuell „eine neue Epoche an: die Epoche der offenen Konfrontation“. 03. Mai, 2023 <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9227> ■

^[10] S. dazu Die deutsch-französische „Freundschaft“. <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9062>

^[11] Camille Grand: Ohne europäische Dimension? internationalepolitik.de 24.02.2023.

^[12] Landry Charrier: Gebrochene Achse. ipg-journal.de 20.03.2023

^[4] Sarah Werner: Geheimer Bericht offenbart den Machtkampf um unseren neuen Superpanzer. focus.de 29.04.2023.

^[5] S. dazu Der Panthersprung nach Kiew (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9162>)

^[6] „MGCS wird kein Panzer sein“. wehrtechnik.info 26.10.2022.

^[7] Waldemar Geiger, Gerhard Heimig: Neue Kampfpanzer – Bundeswehr soll Leopard 2 A8 erhalten. esut.de 14.04.2023.

^[8] Oliver Neuroth: Spanien steigt bei FCAS ein. tagesschau.de 28.04.2023.

^[9] S. dazu Auf Kosten Frankreichs. <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9098>



Strategische Autonomie von den USA oder strategische Partnerschaft mit den USA?

Ost-West-Spannungen in der EU

Auf dem Papier mag ein Teil Europas unter einer supranationalen Flagge vereint sein. Doch die EU ist zerrissener denn je. Der alte Ost-West-Gegensatz ist mit voller Wucht zurückgekehrt.

<https://makroskop.eu/>

Emmanuel Macrons Forderung, Europa solle seine Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten verringern und seine eigene "strategische Autonomie" entwickeln, hat einen transatlantischen Aufschrei ausgelöst. Das politische Führungspersonal sowohl in den USA als auch in Europa reagierte in typisch unbeherrschter Weise – und übersah dabei etwas Entscheidendes: Macrons Worte sagten weniger über den Zustand der europäisch-amerikanischen Beziehungen aus als über die innereuropäischen Beziehungen.

Es ist nämlich so: Das "Europa", von dem Macron spricht, existiert nicht mehr, sofern es jemals existiert hat. Auf dem Papier mag fast der gesamte Kontinent unter einer supranationalen Flagge vereint sein – der der Europäischen Union. Doch diese ist zerrissener denn je. Zusätzlich zu den wirtschaftlichen und kulturellen Gräben, die den Block schon immer geplagt haben, hat der Krieg in der Ukraine dazu geführt, dass entlang der Grenzen des ehemaligen Eisernen Vorhangs wieder eine massive Bruchlinie entstanden ist. Der Ost-West-Gegensatz ist mit voller Wucht zurückgekehrt.

Nichts hätte das mehr verdeutlichen können als die Reaktion auf Macrons Äußerungen. Einerseits deutete der belgische Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, an, dass die Position des französischen Präsidenten durchaus die Standpunkte mehrerer westeuropäischer Staats- und Regierungschefs, auch in Deutschland, widerspiegelt. Andererseits sprach der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki für die meisten mittel- und osteuropäischen Länder, als er erklärte: "Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten ist die absolute Grundlage unserer Sicherheit. (...) Anstatt eine strategische Autonomie von den USA aufzubauen, schlage ich eine strategische Partnerschaft mit den USA vor." Dies ist keine taktische oder gar strategische Meinungsverschiedenheit; es handelt sich um zwei existenziell gegensätzliche Visionen.

Vielleicht sollte das nicht überraschen. Der Ost-West-Gegensatz ist seit Jahrhunderten eines der bestimmenden geografischen und politischen Merkmale Europas. Das Ende des Kalten Krieges und der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder (MOE) zur EU etwas mehr als ein Jahrzehnt später wurden als die lang ersehnte "Rückkehr nach Europa" der postkommunistischen Länder gefeiert. Weithin wurde geglaubt, dass das universalistische Projekt der EU alle größeren sozialen und kulturellen Unterschiede zwischen West- und Mitteleuropa nivellieren würde – was heißen soll, dass sich letzteres langsam dem ersteren annähern würde. Ein solch überhebliches (und wohl auch imperialistisches)

Projekt war zum Scheitern verurteilt; in der Tat wurden schnell Spannungen und Widersprüche zwischen den beiden Europas deutlich.

Die russische Frage

Ein frühes Streitthema war natürlich die russische Frage. Seit ihrer Befreiung von der sowjetischen Besatzung sind mehrere MOE-Staaten, vor allem diejenigen, die an der Grenze zu Russland liegen oder ihr nahekommen, misstrauisch gegenüber den geostrategischen Absichten Moskaus geblieben. Im Gegensatz dazu haben die westeuropäischen Staaten, allen voran Deutschland, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland ausgebaut, insbesondere im Energiebereich. Einige planten sogar den Aufbau eines integrierten eurasischen geopolitischen Blocks, der theoretisch von Lissabon bis Wladiwostok reichen könnte. Aus mittel- und osteuropäischer Sicht mag ein solches Projekt verrückt erscheinen. Aber aus westeuropäischer Sicht machte es angesichts der starken historischen, kulturellen und sogar ideologischen Bindungen (vor allem in den Ländern mit einst mächtigen kommunistischen Parteien) zwischen Westeuropa und Russland durchaus Sinn.

Im Laufe der Jahre haben die USA diese innereuropäische Spaltung weiter vorangetrieben. Im Jahr 2003, am Vorabend des Irakkriegs, schmähete Donald Rumsfeld Frankreich und Deutschland als das "alte Europa", dem er die Vitalität des "neuen Europas" gegenüberstellte – die MOE-Staaten, die bald darauf in die Nato aufgenommen wurden. "Das Gravitationszentrum verlagert sich nach Osten", sagte er.

Mehrere MOE-Länder – aus naheliegenden Gründen vor allem Polen – hegten zudem historische Ressentiments gegen Deutschland und ernsthafte Bedenken gegen das Entstehen einer möglichen deutsch-russischen Achse. Aus diesem Grund wurde das Nord Stream-Projekt von den MOE-Staaten fast einstimmig abgelehnt. Die Integration des Ostens in die deutsche Wertschöpfungskette, welche als eine der Erfolgsgeschichten der EU gilt, verstärkte die ambivalente Beziehung der Region zu Deutschland: Während Mitteleuropa davon



profitierte, Teil der mächtigen deutschen "Montagekette" zu sein, schürte es gleichzeitig die Angst vor einem deutsch-europäischen Wirtschaftsimperium (in dieser Hinsicht waren viele MOE-Länder klug genug, nicht der Eurozone beizutreten).

Ein "Samtvorhang" der Kultur folgt auf den Eisernen Vorhang

Die stärksten Ost-West-Spaltungen entstanden jedoch entlang kultureller, nicht wirtschaftlicher oder geopolitischer Linien. Samuel Huntington war der erste, der 1993 vorhersah, dass der Eisernen Vorhang, der Europa ein halbes Jahrhundert lang politisch und ideologisch geteilt hatte, durch den "Samtvorhang" der Kultur ersetzt werden würde. Westeuropa, so schrieb er, war überwiegend katholisch, protestantisch und anglikanisch, Osteuropa hingegen überwiegend orthodox – was zur Herausbildung sehr unterschiedlicher sozialer Werte führte. Während sich in Westeuropa eine eher individualistische und säkulare Kultur entwickelt habe, die "liberale" Rechte und Freiheiten schätze, habe Osteuropa historisch gesehen eine eher kollektivistische und familienorientierte Kultur mit einer größeren Betonung von Familie, Gemeinschaft, sozialen Beziehungen und Religion. Nach dem Kalten Krieg strebten die MOE-Staaten eine stärkere politische und soziale Annäherung an den Westen an. In Fragen der Migration, Abtreibungs- oder Homosexuellenrechte sowie der nationalen Souveränität gab es jedoch weiterhin große Unterschiede.

In den letzten Jahren haben die aggressiven Versuche der EU, ihre integrativen und sozial progressiven Werte in ganz Mittel- und Osteuropa durchzusetzen, zu einer zunehmend selbstbewussten Gegenwehr geführt. Das Ergebnis ist eine Beziehungskrise zwischen der EU und den MOE-Staaten sowie eine verstärkte Koordinierung zwischen den MOE-Staaten zur Stärkung ihrer Autonomie – etwa im Rahmen der Visegrád-Gruppe und der Drei-Meere-Initiative.

Noch vor kurzem wurde die Hinwendung zu einer "illiberalen" oder "post-liberalen" Demokratie in verschiedenen MOE-Ländern – vor allem in Ungarn und Polen – als eine der größten Bedrohungen für die EU bezeichnet und diese Länder als die bêtes noires gebrandmarkt. Doch der Einmarsch Russlands in die Ukraine hat alles geändert. Über Nacht wurden Polen, die Slowakei, Ungarn und Rumänien zur direkten Grenze der EU zu einem Kriegsgebiet. Der Einmarsch hat auch die geostrategische Bedeutung jener Länder erhöht, die an Russland oder das von Russland kontrollierte Weißrussland grenzen (Litauen, Lettland, Estland und Finnland), sowie der Länder, die die strategisch wichtige Nordseeroute überblicken (Norwegen und Schweden). Mit anderen Worten: Der Konflikt hat das geopolitische Kräfteverhältnis in Europa drastisch vom Westen in den Osten (und teilweise in den Norden) verschoben. Diese Staaten erfahren eine noch nie dagewesene internationale Aufmerksamkeit, finanzielle Unterstützung und vor allem Rüstungsgüter.

Polen als aufstrebende Regionalmacht

So hat sich beispielsweise die Zahl der US-Soldaten in Mittel- osteuropa auf über 14.000 mehr als verdoppelt. Die meisten

von ihnen – etwa 10.000 – befinden sich in Polen, das auch das Land ist, das am meisten von diesen Entwicklungen profitiert hat. Als größte und reichste Nation in Mittel- und Osteuropa (und sechstgrößte Volkswirtschaft in der EU) strebt es seit langem eine führende Rolle im zentralen und nordöstlichen Quadranten an, die ein Gegengewicht zu Russland und der deutsch-französischen Achse bilden kann. Der Konflikt hat diesem Projekt einen enormen Auftrieb gegeben.

Polen, das schon immer ein entschiedener Anhänger der USA und der Nato war, verfügte bereits vor dem Konflikt über eine der schlagkräftigsten Armeen in Europa. Im vergangenen Jahr wurde ein massiver Aufrüstungsplan eingeläutet, um eine 300.000 Mann starke Hightech-Armee aufzubauen, die das Land zur militärischen Supermacht Europas machen soll. Entscheidend ist, dass sich diese Strategie sowohl gegen Deutschland (und die EU) als auch gegen Russland richtet: Im vergangenen August verglich der polnische Außenminister Zbigniew Rau den "russischen Imperialismus" mit "imperialen Praktiken innerhalb der EU". Gemeint war insbesondere Deutschland.

In der Zwischenzeit hat Polen Millionen von ukrainischen Flüchtlingen aufgenommen und der Ukraine Hunderte von Panzern und anderen Waffensystemen (einschließlich einiger MiG-29-Kampffjets) zur Verfügung gestellt. Nach der Entscheidung der USA, Polen zu einem ständigen Stützpunkt für das V. Korps der US-Armee zu machen, das die Landstreitkräfte an der Ostflanke der USA befehligt, ist das Land faktisch zur logistischen Drehscheibe für die Kriegsanstrengungen der Nato in der Ukraine geworden. Infolgedessen wird auch die Selbstwahrnehmung Polens als aufstrebende Regionalmacht immer deutlicher. Im April 2023 deutete der polnische Botschafter in Frankreich an, dass Polen notfalls "in den Konflikt eintreten" könnte. Und es gibt in Polen sogar eine lebhaftige Debatte darüber, ob es sich mit der Ukraine zu einem föderalen oder konföderalen Staat zusammenschließen sollte.

Polens Ambitionen decken sich exakt mit den amerikanischen Bestrebungen, das Kräfteverhältnis in Europa in

Richtung des "neuen Europas" zu verschieben. Das erklärt, warum die USA das Land schnell und umfassend unterstützt haben, selbst wenn dies zu einer weiteren Spaltung des Kontinents führt. "Polen ist zu unserem wichtigsten Partner in Kontinentaleuropa geworden", sagte ein hochrangiger Beamter der US-Armee in Europa. Es ist bezeichnend, dass



Biden nach seinem Besuch in der Ukraine im vergangenen Monat auf seiner Europareise nur einen weiteren Zwischenstopp einlegte: Warschau.

Gewinner und Verlierer

Ob dies zu einer langfristigen politischen Machtverschiebung nach Osten führen wird, hängt auch von der wirtschaftlichen Dynamik ab. Noch hat Westeuropa auf diesem Gebiet die Vormachtstellung inne, aber seine Volkswirtschaften, insbesondere die Deutschlands, haben durch den Konflikt und die damit verbundenen Sanktionen einen schweren Schlag erlitten. Vieles wird davon abhängen, ob die Remilitarisierung Europas in den kommenden Jahren zu einem bleibenden Faktor wird. In diesem Fall würden die mittel- und osteuropäischen sowie die baltischen Länder, die derzeit am meisten in ihre Verteidigungs- und Technologiesektoren investieren, auch wirtschaftlich profitieren und eine zentrale Rolle in der langfristigen Politik der EU im Bereich der Verteidigungsindustrie einnehmen.

Ein weiterer Faktor sind aber auch die Gräben, die der Konflikt innerhalb der MOE-Länder aufgerissen hat. Ungarn, früher Polens engster Verbündeter in der Visegrád-Gruppe, weigert sich, Waffen an die Ukraine zu liefern, und hat enge wirtschaftliche Beziehungen zu Moskau aufrechterhalten, einschließlich der fortgesetzten Einfuhr russischer Energie zu günstigen Bedingungen. Auch in der Frage der europäisch-amerikanischen Beziehungen hat sich Viktor Orbán ausdrücklich auf die Seite Macrons gestellt. "Gegenwärtig übernimmt die EU unkritisch die Position der USA, wobei die Interessen der USA einfach als europäische Interessen dargestellt werden", sagte Orbán im Oktober 2022. "Genau deshalb ist Europa heute einer der Verlierer in diesem Krieg und die USA einer der Gewinner."

All dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die Ost-West-Kluft in Europa so groß ist wie seit Jahrzehnten nicht mehr – und es auf absehbare Zeit auch bleiben wird. Schließlich haben Teile Westeuropas ein Interesse daran, seine Abhängigkeit von den USA und der Nato zu verringern, eine diplomatische Lösung des Konflikts zu erreichen und, wie Macron argumentierte, die Sicherheits- und Wirtschaftsbeziehungen zu Russland wieder zu normalisieren. Mittel- und Osteuropa hingegen hat allen Grund, sich vor Russland zu fürchten und engere Beziehungen zu den USA und der Nato zu pflegen.

Es ist folglich schwer vorstellbar, wie die Interessen und Bestrebungen der beiden Teilblöcke jemals miteinander in Einklang gebracht werden könnten, insbesondere im Kontext der EU-Politik. Wenn Länder wie Frankreich es mit der "strategischen Autonomie" ernst meinen, müssten sie wohl einen Alleingang in Angriff nehmen. Von Thomas Fazi, 05. Mai 2023, <https://makroskop.eu/15-2023/muss-sich-europaspalten/> ■

Kurzinfos

Streit um EU-Stabilitätspakt

Die Vorstellungen der Finanzminister der EU-Mitgliedstaaten zum künftigen Schuldenabbau gehen weit auseinander. Das hat sich an einem informellen Treffen in Schweden gezeigt. Die Finanzminister der EU haben sich April 2023 zwischen Stockholm und Uppsala beim Flughafen Arlanda erstmals über die Vorschläge der EU-Kommission für neue EU-Haushaltsregeln unterhalten. Und aus Berlin kreuzte dafür ein debattierfreudiger, ja streitlustiger Christian Lindner auf. Während viele Kollegen sich bedeckt hielten, teilte der deutsche Finanzminister aus.

Im Kern will die Kommission um Präsidentin Ursula von der Leyen, dass künftig jedes Land mit Brüssel ein individuelles Vorgehen bei der Reduktion der Schulden vereinbart. Das reicht Berlin aber nicht. Lindner fordert gemeinsame Referenzwerte, die sicherstellen, dass es auch tatsächlich einen Abbau der Defizite und der Schuldenquoten gibt.

Diesen Ideen kann der italienische Säckelmeister, Giancarlo Giorgetti, wenig abgewinnen. Giorgetti erschien verspätet in Schweden, weil er überraschend eine Budgetabstimmung im Parlament verloren hatte und im italienischen Parlament eine Zusatzschleife drehen musste.

Giorgetti und Lindner setzen sich zusammen, der Italiener schrieb nachher von einem «freundlichen» und «konstruktiven» Treffen. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade Rom und Berlin derzeit noch ziemlich unterschiedliche Vorstellungen haben. Während Lindner die Revision des sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SGP) im Wesentlichen für zu grosszügig gegenüber den hochverschuldeten Staaten, wie Griechenland, Italien oder Frankreich, hält, schätzt Giorgetti diese als zu streng ein.

Gegenüber der italienischen Nachrichtenagentur Ansa sagte Giorgetti, dass er Ausgaben wie diejenigen aus dem EU-Aufbaufonds sowie Rüstungsausgaben zur Unterstützung der Ukraine nicht den EU-Haushaltsregeln unterwerfen wolle. «Man kann ein Land nicht vor die Wahl stellen, entweder der Ukraine zu helfen oder die Regeln des Stabilitätspaktes einzuhalten, das erscheint mir absurd», so wird Giorgetti zitiert. Diese Idee ist in verschiedenen Schattierungen schon wiederholt aufgetaucht. Dabei geht es immer darum, dass gewisse «gute» Ausgaben auf dem Schuldenblatt ignoriert werden sollen.

Für rote Köpfe sorgt insbesondere eine Bestimmung, welche die Kommission als Zugeständnis an Berlin in ihren Vorschlag aufgenommen hat. So müssen Länder in Jahren, in denen ihr Defizit den weiter geltenden Zielwert von 3 Prozent des Bruttoinlandproduktes überschreitet, diesen Ausgabenüberschuss um mindestens 0,5 Prozent des BIP verringern. Im vergangenen Jahr hatte ein Dutzend EU-Staaten ein Defizit von über 3 Prozent, darunter drei der vier grössten Volkswirtschaften der EU: Frankreich, Italien und Spanien.

Eine andere Idee, die nach dem Geschmack Berlins wäre, könnte Rom auch teuer zu stehen kommen: jedes Jahr das



Verhältnis der Schulden zum BIP um einen Prozentpunkt verringern. Um von derzeit 144 Prozent auf 143 Prozent zu gelangen, müsste Italien (bei stabilem BIP) die Schulden um 27 Milliarden Euro senken.

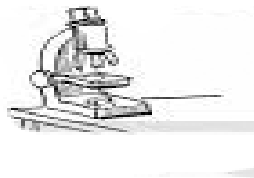
Doch Giorgetti ist nicht der einzige Finanzminister in einer kniffligen Situation. Allgemein erhöhen die während der Pandemie weiter aufgetürmten Schulden, steigende Zinsen und der als beträchtlich eingestufte Ausgabenbedarf für Klima, Digitalisierung und die Ukraine den Druck auf die Budgets. NZZ, 2. Mai 2023, S. 25.

Österreich kritisiert die Politik der EU gegenüber der Schweiz

Es sei unerträglich, dass die Schweiz mit den weltweit besten Universitäten vom Forschungsprogramm ausgeschlossen sei, sagt Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Es ist wie in einem Film, der sich jedes Jahr von neuem wiederholt. Seit Jahrzehnten besucht der jeweilige Schweizer Bundespräsident als Erstes Wien. Er schreitet mit dem österreichischen Bundespräsidenten in der Hofburg die militärische Ehrengarde ab. Die beiden Politiker tauschen Freundlichkeiten aus. Österreich versichert, sich bei der EU für die Schweiz einzusetzen. Der traditionelle Antrittsbesuch ist ein Zeichen der engen Verbundenheit der beiden Nachbarstaaten.

Am 13. Januar 2023 war Bundespräsident Alain Berset an der Reihe. Nach dem Treffen mit dem österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen hiess es, Wien unterstütze Bern beim EU-Forschungsprogramm Horizon Europe. «Österreich wird alles tun, um auf dieser Ebene das Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz zu verbessern», sagte Van der Bellen. Der österreichische Bundespräsident kritisierte die Politik Brüssels gegenüber der Schweiz scharf. «Ich finde es persönlich unerträglich, dass die Schweiz mit den besten Universitäten der Welt von Horizon Europe ausgeschlossen ist», sagte er gemäss der österreichischen Nachrichtenagentur APA.

Zwanzig Schweizer Universitäten hätten Gelder aus dem Forschungsprogramm zugesprochen bekommen, aber die EU-Kommission habe die Auszahlung verweigert, sagte Van der Bellen. Die Forschung sei ein Beispiel dafür, dass auch die EU die Schweiz brauche. Brüssel benutzt das milliardenschwere Programm Horizon Europe als Druckmittel. Die EU-



Kommission verweigert die volle Teilnahme der Schweiz und hat sie zu einem Drittstaat herabgestuft. Sie hat eine Assoziierung Berns mit Fortschritten in den institutionellen Streitfragen verknüpft.

Bundespräsident Alain Berset würdigte das Engagement Wiens bei Horizon Europe. Österreich ist eines der drei Länder, die sich in Brüssel von Anfang an für eine Assoziierung der Schweiz ans Forschungsprogramm eingesetzt haben.

Deutschland und die Niederlande sind ebenfalls auf dieser Linie. Wissenschaftler aus der Schweiz und anderen europäischen Staaten haben gegen den Ausschluss Berns protestiert. Unmut gibt es auch in Österreich. Um die EU-Kommission zu einem Kurswechsel zu bewegen, müssten sich jedoch weitere Mitgliedsstaaten für Bern einsetzen. NZZ, 16. Januar 2023, S. 8

Macron, die EU und der Taiwan-Konflikt

Eine Sprecherin des Élyséepalasts hat die heftige Kritik an Äußerungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zu Taiwan und den USA zurückgewiesen. Macron habe oft gesagt, dass Frankreich nicht gleich weit von den USA und China entfernt sei. Während die USA Verbündeten Frankreichs seien, und man gemeinsame Werte teile, sei China hingegen bloss Partner, Konkurrent und systemischer Rivale, mit dem man eine gemeinsame Agenda schaffen wolle, um Spannungen zu reduzieren und globale Fragen anzugehen, sagte die Sprecherin.

Frankreich unterstütze beim Thema Taiwan zudem den Status quo. Macron habe Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping klar gesagt, dass die Taiwan-Frage durch Dialog geklärt werden müsse. Macron hatte in einem 10. April 2023 veröffentlichten Interview zum Konflikt um Taiwan gesagt: "Das Schlimmste wäre zu denken, dass wir Europäer bei diesem Thema Mitläufer sein sollten und uns an den amerikanischen Rhythmus und eine chinesische Überreaktion anpassen sollten." Eine Falle für die Europäer wäre es, an einem Moment der Klärung der eigenen strategischen Position in fremden Krisen gefangen zu sein. Europa drohe dann Vasall zwischen den USA und China zu sein, obwohl man ein dritter Pol sein könne.

Macron sagte im Interview, wenn die Europäer schon die Krise in der Ukraine nicht lösen könnten, «wie können wir glaubwürdig zu Taiwan sagen: «Passt auf, wenn ihr etwas falsch macht, werden wir da sein?» Nun kann niemand wollen, dass die EU noch zusätzlich Öl ins Feuer dieses Konflikts giesst. Der Unterschied zur Tonalität der Kommissionspräsidentin ist indes frappierend – und wird Peking erfreuen, das seit langem die 27 Länder der EU gegeneinander auszuspielen versucht.

In Deutschland wurden die Aussagen Macrons als Distanzierung von den USA gelesen und mitunter heftig kritisiert. CDU-Außenexperte Norbert Röttgen sagte im Deutschlandfunk: Macron isoliert sich in Europa, er schwächt die Europäische Union, und er konterkariert ja das, was die Präsidentin der Europäischen Kommission in Peking gesagt hat. u.a. NZZ, 10. April 2023.

EU und griechisches Zugunglück

«Wir sind eine ruinierte Generation»: Hohe Arbeitslosigkeit, Polizeigewalt, das verheerende Zugunglück im März 2023: Die Wut der griechischen Jugend auf die Regierung ist immens. Das Zugunglück kann auch als Spätfolge des Troika-Diktats gegen Griechenland gesehen werden. Man lese: WoZ, Nr. 20, 18. Mai 2023, S. 10, <https://www.woz.ch/2320/griechenland-waehlt/wir-sind-eine-ruinierte-generation!/T4T7KA0SXV01>



Buchbesprechungen



Das Schweiz Dilemma

Luzi Bernet, ehemaliger Korrespondent im EU-Brüssel, Mitglied des Gründungsteams der «NZZ am Sonntag» und deren Chefredaktor von 2017 bis 2021 sowie seit 2022 Italienkorrespondent der NZZ, legt eine Schrift zu dem vor, was er als Dilemma der Schweiz angesichts der EU wahrnimmt. Die Beschreibung des Werdegangs des Autors sagt viel über seine Sicht auf die Dinge. «Ja, dieses Buch ist aus einer europafreundlichen Perspektive geschrieben». So vermengt er ständig die EU mit dem geographischen Begriff «Europa», als ob es sinnvoll wäre, der westasiatischen Halbinsel, die wir «Europa» nennen, freundlich oder feindlich gegenüberzustehen. Kontinente existieren einfach. Er nennt EU-Kritiker entsprechend und absurder Weise «Europa-Gegner». Freunde der EG-EU-Integration betitelt er als «überzeugte Europäer». Nun sind Bewohner Europas Europäer und die meisten von ihnen sind überzeugt, wovon auch immer. Entsprechend sind alle Bewohner Europas überzeugte Europäer. Von einem Bewohner Europas zu sagen, er sei überzeugt, ist völlig frei von Sinn. Diese Kritik mag spitzfindig tönen, die Vermengung von Geografie und Politik und die Verwendung sinnleerer Ausdrücke ist allerdings fundamentaler Bestandteil der EU-Ideologie, die sich gerne aufgeklärt gibt, aber beständig sprachliches Wischwasch produziert. Wie dem auch sei: Bernet bringt viel Verständnis für die EU auf und hat wenig Sinn für die demokratischen EU-Bedenken in der Schweiz.

Abgesehen von diesen üblichen Unzulänglichkeiten ist das Büchlein durchaus lesenswert. Es ist süffig geschrieben und liefert eine Zusammenfassung der Auf- und Abs der EU-Politik der offiziellen Schweiz von der Entstehung des EWRs bis zum glücklichen Scheitern des Rahmenvertrages, das Bernet als «Debakel» sieht. Die Entwicklungen, die zur Ablehnung des EWRs führten, schildert er als Überforderung der Institutionen, der Politik und der stimmberechtigten Bevölkerung. Er wittert fehlende Voraussetzungen für «einen ab- und aufgeklärten Urnenentscheid», dabei ist die Ablehnung des EWR doch eine überaus demokratisch-aufgeklärte Entscheidung gewesen. Das EWR-Projekt sei damals eine riesige «pädagogische» Herausforderung gewesen. Wir, die Bevölkerung, hätten also gemäss Bernet – richtig erzogen – Ja zum EWR sagen müssen. Er bedauert das mangelnde Engagement der Wirtschaft, obwohl die Bevölkerung in der Schweiz wohl noch nie einer solch einseitigen und gewaltigen Propagandamaschine von Wirtschaft, Medien, Verwaltung und Politik ausgesetzt war. Bernet wagt in diesem Zusammenhang ein äusserst behutsames selbstkritisches Fragezeichen: Am frühen Nachmittag des 6. Dezembers 1992 «[...] war also klar, dass alle unsere EWR-Texte, Erklärstücke und Artikelserien nicht gereicht hatten, um eine Mehrheit von den Vorzügen des Abkommens zu überzeugen. War das auch für uns

Journalisten eine Lektion? Hätten wir anders, neutraler schreiben sollen?» (S. 49).

In einem eigenen Absatz von 6 Zeilen auf 215 Seiten geht er kurz auf das ein, was er als Linke wahrnimmt: «Apropos Linke: Bei aller Fokussierung auf die SVP und die Unruhe im bürgerlichen Lager sollte nicht vergessen werden, dass der EWR auch in linken und grünen Kreisen Skepsis auslöste. Es gab und gibt in diesen Milieus viele Menschen, die in der europäischen Integration vor allem ein neoliberales Projekt sehen, das sich auf Kosten der Arbeitnehmenden und der Natur entfaltet». Auch hier fehlt die Erwähnung des Demokratie-Themas völlig.

Bezüglich der wirtschaftlichen Folgen des EWR-Neins gibt sich Bernet angenehm zurückhaltend. Dem Diktum von Alt-Bundesrat Arnold Koller, dass die Ablehnung des EWR «unserem Land offensichtlich geschadet hat», hält er Analysen von Tobias Straumann entgegen, der eine rein zufällige Gleichzeitigkeit der wirtschaftlichen Baisse nach 1992 und der Ablehnung des EWR festhielt. Straumann stellte fest, dass ein erster Grund für die wirtschaftliche Graulage nach 1992 das ungünstige weltwirtschaftliche Umfeld war. Ende 1990 sei zuerst die US-Wirtschaft in eine Rezession gerutscht, ein Jahr später Westeuropa. 1992/93 ist das Europäische Währungssystem (EWS) auseinandergebrochen, mit dem Ergebnis, dass Grossbritannien, die skandinavischen und südeuropäischen Länder ihr Währungen abwerteten, was wiederum die Erholung der Schweizer Exporte behindert habe. Der Dollar hat bis Mitte der 1990er Jahre geschwächelt und schliesslich war mit Deutschland der wichtigste Exportmarkt der Schweiz wegen der Vereinigung mit Ostdeutschland nicht vom Fleck gekommen. Intern litt die Schweiz unter den Folgen einer Immobilienkrise und danach unter einem grossen Bankensterben. Verlängert worden sei die Stagnation zudem durch die allzu restriktive Geldpolitik der Nationalbank. Zuletzt wurde die Stimmung im Land durch die Depression der Euphoriker mit ihrem überproportionalen Einfluss auf die Medien gedrückt.

Nach dem Nein zum EWR versuchte die Schweizer Regierung mittels bilateraler Verträge Vorteile für die Schweizer Wirtschaft zu erlangen. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen liess sich die EU zwei Jahre nach dem EWR-



Nein auf bilaterale Verhandlungen mit der Schweiz ein. Bernet meint dazu, das Gesuch um die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen (gewöhnlich verkürzt «EU-Beitritts-Gesuch» genannt) sei in diesem Zusammenhang wichtig



gewesen. Nun, das darf bezweifelt werden. Wichtig war wohl nicht dieses Gesuch, das ja faktisch schon kurz nach dem EWR-Nein zurückgezogen wurde, indem der Bundesrat die EU wissen liess, dass man im Augenblick doch keine Beitrittsverhandlungen wünscht. Wichtig war wohl eher die erklärte Bereitschaft des Bundesrates, weiterhin den EU-Beitritt anzupfeilen.

Ein eigenes kleines Kapitel widmet Bernet der Entstehung der Guillotine-Klausel in den Bilateralen Verträgen I. Die antidemokratische Stossrichtung dieser Klausel wird aus seiner Darstellung deutlich: «Um zu verhindern, dass die Schweiz Themen, die ihr nicht genehm waren, durch einen direktdemokratischen Entscheid wieder von der Liste streichen konnte, traf sie [die EU] entsprechende Vorkehrungen, die zunächst den harmlosen Titel ‘parallélisme approprié’ trugen. Darunter verstand Brüssel, dass die Verhandlungen über die einzelnen Themen zwar unterschiedlich rasch vorangehen, aber nur gemeinsam abgeschlossen werden konnten». Ein weitere Bestärkung für die EU gemäss Bernet war die Annahme der Alpeninitiative, welche ein Votum gegen ein in Kraft stehendes Abkommen bedeutete. Aus dem Parallelismus wurde die Guillotine-Klausel, die besagt, dass bei der Kündigung eines der bilateralen Verträge I das ganze Paket hinfällig wird. Es wurde also ein Erpressungsinstrument gegen demokratische Entscheide in die Verträge eingebaut, für das Bernet viel Verständnis zeigt.

Die Verhandlungen für die Bilateralen Verträge I führten dann via flankierende Massnahmen (Lohnschutz) zu dem, was Bernet die «Europakoalition» von Gewerkschaftern, Linken, Wirtschaftsverbänden und bürgerlicher Mitte nennt. Die Multis mit Schweizer Sitz samt ihres Propaganda-Organs Avenir Suisse, die Multi-nahe NZZ und FDP-Fraktion der Mitte zuzurechnen, verrät allerdings mehr über Bernet als über deren politische «Lage».

Interessant ist die folgende Passage: «Von herausragender ökonomischer Bedeutung zwar zweifellos die Einführung der Personenfreizügigkeit. Sie sorgte für eine stete Zufuhr ausländischer Fachkräfte für die Schweizer Wirtschaft und hat zwar zu höheren Infrastrukturkosten und Bodenpreisen, aber weder zu einer grösseren Arbeitslosigkeit der Einheimischen noch zu sinkenden Löhnen geführt. Und wie sich mittlerweile zeigt, erfüllt sie in gewisser Weise die Funktion eines Konjunkturpuffers. Läuft es im benachbarten Ausland schlecht, wandern mehr Menschen ein und beleben die hiesige Binnenkonjunktur – die Schweiz kommt so besser auch durch kritische Phasen» (S. 104). Wie nachhaltig eine solche Politik ist und welche Auswirkungen sie auf die Ursprungsländer der Migranten sowie auf die Bodenflächen und die Landschaft in der Schweiz hat, diskutiert er nicht.

In der Folge legt er die Entstehung des gescheiterten Rahmenabkommens dar: Er zeigt, wie die allgemeine, in der Schweiz entwickelte Idee eines Abkommens, das prozedurale Fragen für weitere bilaterale Abkommen im Voraus regeln sollte, von der EU nach etwas Widerstreben aufgenommen wurde, dann aber von der EU zum Druckmittel auf die Schweiz umfunktioniert wurde. Er zeigt einige der Hin- und

Hers des Verhandlungsverlaufs auf, die man kaum überblicken kann. Bundesräte gingen, kamen und scheiterten. Die EU verhärtet ihre Positionen, beharrt auf der ungefilterten Übernahme von EU-Recht im Bereich der bestehenden und künftigen bilateralen Verträge, an der ungefilterten Rechtssetzungs-kompetenz des EU-Gerichtshofes, am Abbau des Lohnschutzes, an der Schleifung der Wirtschaftskompetenzen der Kantone (Beihilfen), an einer erweiterten Guillotine-Klausel, etc., so dass der Bundesrat schliesslich den Mut fand, den Stecker zu ziehen. Im Vorfeld der Diskussionen um den Rahmenvertrag brach dann auch die «Europa-Koalition» zwischen Gewerkschaften und der globalistischen Fraktion des Kapitals auseinander, da letztere bereit gewesen wäre, Lohnschutz zugunsten des möglichst uneingeschränkten Zugangs zum Binnenmarkt aufzugeben.

In einem Epilog hält Bernet dann fest: «Europa bleibt». Nun, das wird wohl niemand bestreiten, da sich die Erdplatten nur sehr langsam verschieben und Europa für unabsehbar viele Generationen erhalten bleibt. Er hält im Epilog ferner fest: Der von der «Schweiz mit dem angestrebten Vertrag verbundene Ansatz, mehr Klarheit in den Beziehungen zu schaffen, gleichzeitig ein paar drängende Probleme zu lösen und darüber hinaus den Zugang zum Binnenmarkt ohne grössere Einbussen bei der Souveränität zu sichern, war zu ambitioniert». Diese Aussage kontrastiert mit seinem Verständnis des Vorwurfs der EU, die «Schweiz» wisse nicht, was sie wolle. Die offizielle Schweiz weiss sehr wohl, was sie will (siehe Zitat). Die EU will das aber nicht zugestehen. Die offizielle Schweiz wäre dabei vermutlich durchaus bereit, Souveränität, Grundlage der Demokratie, zu opfern. Sie ist sich aber bewusst, dass ein solches Unterfangen zusammen mit einer Schwächung des Lohnschutzes schwierig durch eine Volksabstimmung zu bringen ist. Und so wird munter laviert.

Luzi Bernet (2021), Das Schweiz-Dilemma: 30 Jahre Europapolitik, Zürich: Hier und Jetzt Verlag für Kultur und Geschichte.



Zwischen Globalismus und Demokratie

Wolfgang Streeck, bis 2014 Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, versucht in seinem Buch die These zu begründen, dass die Globalisierung auf dem Weg zu den angestrebten Globalen Regelungen (Global

Governance), welche den internationalen Rahmen der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung durchsetzen sollten, stecken geblieben ist. Basierend auf Institutionen, Gesetzen, Prinzipien und Regeln sollte eine internationale Ordnung gewährleistet werden, welche Wirtschaftspolitik dem Einfluss der territorialstaatlichen Demokratien weitgehend entzieht. Die „Eliten“ wollten die Wirtschaftspolitik, worunter sie Deregulierung verstehen, unter sich regeln – auch mittels



einer zu ihren Gunsten organisierten Verrechtlichung der Beziehungen wie z.B. Schiedsgerichten zum Schutz von Investitionen als Absicherung gegen demokratische Entscheidungen in den Territorialstaaten.

Die EU bildet in diesem Bestreben ein Art Zwischenebene. Sie versucht, einerseits genau dieses Programm bezüglich Europas durchzusetzen, agiert aber auf globaler Ebene als Akteur, der das Programm zusammen mit den USA global durchsetzen will.

Angesichts des Steckenbleibens des Globalismus hat „Die Suche nach einer Neubegründung von Politik unterhalb eines Globalismus, für den Politik nur als staatlich betriebene Freisetzung von Marktkräften möglich sein soll – [...] begonnen.“ Auf globaler Ebene gibt es gemäss Streeck keine Demokratie, es sei denn eine ihrer egalitär-interventionistischen Kapazität beraubten elitären Fassadendemokratie. „Da der Umbau einer Demokratie zu einer Fassadendemokratie aber Widerstand in Gestalt einer Verteidigung lokaler, partikularistischer, sich einem globalen Effizienzwettbewerb widersetzen Ordnungen auslöst, kommt es im Übergang zum Globalismus am Ende zu institutioneller wie wirtschaftlicher Stagnation“ (S. 27). «Der Globalismus scheitert letztendlich am Widerstand der kleinen Leute [], an ihrem Willen, Kontrolle zurückzugewinnen und die Möglichkeit redistributiv-protektionistischer Demokratie [] zu verteidigen.»

Das postneoliberale Interregnum, in dem wir uns befinden, lässt sich als unentschiedener Zwischenstand, – als vorläufiges Patt – in einem Tauziehen zwischen einerseits den Eliten der neoliberalen Koalition beschreiben, die einen institutionellen Durchbruch «nach oben» suchen, und andererseits den von ihnen aufgeschreckten, «populistischen» Kräfte, die sich von einem Zurückholen von Kompetenzen mehr Mitsprache über ihr Leben in Gegenwart und Zukunft erhoffen. Dabei sind die neoliberalen Eliten durchaus auf die Staaten angewiesen, um ihre Ideen realpolitisch durchzusetzen – die Staatsbürokratie und die Regierungen müssen Beschlossenes umsetzen. Eine endgültige «Überwindung» der Territorialstaaten ist deshalb nicht möglich. Angestrebt wird eine internationale Ordnung, die den Territorialstaat zum reinen Gehilfen dieser Ordnung macht – um die Störungen durch Demokratie zu verhindern, dem ganzen durch Fassadendemokratie aber genügend, allerdings sehr fragile Legitimation zukommen lässt.

Ein Durchbruch nach oben ist gemäss Streeck aber auf Dauer nicht realisierbar, da globale Regeln den lokalen Gegebenheiten nicht gerecht werden können. Dies schüfe vor Ort Unmut und würde die Legitimität der Global Governance bedrohen.

Ein eigenes, grösseres Kapitel liefert er in diesem Zusammenhang der EU-Integration. Gemäss Streeck stand ein «geintes Europa» als Resultat einer Einschmelzung der souveränen europäischen Staaten in einen souveränen europäischen Gesamtstaat nie auf einer ernstzunehmenden politischen Tagesordnung. Die «immer engere Union der Völker Europas» (man beachte den Plural, es wird nicht ein einziges Volk postuliert) stellten sich die wenigsten als

Superstaat vor. Die Herren der EU und ihrer Vorgängerinstitutionen waren immer die Mitgliedstaaten, die solche bleiben wollen. Diskussionen über das «Endziel» der EU-Integration werden peinlichst vermieden, um keinen Streit aufkommen zu lassen. Dies bedeutet aber nicht, dass die Mitgliedstaaten gleichberechtigte Teilnehmer am EU-Projekt wären. Streeck beschreibt die EU als einen hierarchisch strukturierten Block nominell souveräner Staaten. Dabei werden periphere Staaten (z.B. Griechenland, Portugal, Oststaaten) eher eingemeindet statt einbezogen. Die «Eliten» der Peripherien müssen durch ein wirksames Elitenmanagement durch das Zentrum eingebunden werden. Wie anlässlich der Finanzkrise 2008 mit Griechenland umgegangen wurde, kann für dieses «Management» als Beispiel dienen. Zum Management gehören z.B. aber auch Finanzspritzen, sowie Drohungen, solche auszusetzen.

Das Management ist aber nicht einfach und versagte bei den zentrumsnahen Briten. Das EU-Imperium kann nicht verhindern, dass Länder von ihrer formal verbliebenen Souveränität Gebrauch machen, um aus ihr auszuseiden. Als das Vereinigte Königreich beschloss, die EU zu verlassen, haben Deutschland und Frankreich nicht einmal daran denken können, in Grossbritannien einzumarschieren, um die Briten in «Europa» zu halten. Andererseits hätte ein zu gütlicher britischer Austritt aus deutscher oder deutsch-französischer Sicht die imperiale Disziplin untergraben, da andere mit dem Regime ebenfalls unzufriedene Länder möglicherweise in Betracht gezogen hätten, sich selbständig zu machen. Oder, wenn ein britischer Ausstieg durch bedeutende Zugeständnisse verhindert worden wäre, hätten andere Länder vielleicht eine Neuverhandlung des *acquis communautaire* verlangt, der nach dem Willen der Vertragsparteien und des EU-Gerichtshofs auf ewig unverhandelbar sein soll. Insgesamt stellt sich die Frage, wie lange das Zentrum genügend Mittel aufbringen kann, um ein wirksames Elitenmanagement zu betreiben.

Streeck spricht sich deutlich für Kleinstaaterei aus, die er der undemokratischen Grossstaaterei gegenüberstellt. Nur erstere kann die Wirtschaft stärker in den Dienst der Mehrheit der Menschen eines Staates stellen. Streeck erinnert daran, dass die Anzahl der Staaten in den letzten 40 Jahren stark angestiegen ist. Zudem ist der Median der Bevölkerungsgrösse der Staaten gesunken und liegt neu etwas unter demjenigen der Schweiz. Er befürwortet kooperative, demokratische Kleinstaaterei im Dienste ihrer Bewohner.

Wolfgang Streeck (2021), Zwischen Globalismus und Demokratie: Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus, Berlin: Suhrkamp.





Ukraine, Krieg, linke Positionen

Die neueste Nummer des Widerspruchs ist dem Ukraine-Krieg gewidmet. Es muss in der Redaktion ziemlich heftige Diskussionen um einen Artikel gegeben haben, den man zuerst zurückweisen wollte, dann aber auf Grund von Rückzugsdrohungen anderer Autoren im Heft beliess. Die Diskussion um den Artikel wird nicht beschrieben, obwohl diese für die Leser interessant gewesen wäre.

Es werden sehr unterschiedliche Positionen und Sichtweisen dargelegt, was die Diskussion befruchtet. Zuerst wird ein Interview mit dem Ukrainer Ivo Georgiev unter dem Titel «Die Linke in der Ukraine» abgedruckt. Nun, die Linke wird es auch in der Ukraine nicht geben. In der Tat gibt es sehr verschiedene Strömungen wie überall. Es ist kein Geheimnis, dass die ukrainische Regierung bereits vor dem Krieg auf Druck der EU und der USA eine Liberalisierung der Arbeitsmarktgesetze und der Landwirtschaft anstrebte. Den Liberalisierungsbestrebungen erwuchs zum Teil beträchtlicher Widerstand. Durch den Krieg wird es schwieriger, Widerstand dagegen zu leisten. Durch die Waffenlieferungen und die Wirtschaftshilfen des Westens wird die Abhängigkeit von dieser Seite wohl gestärkt.

Auf die Frage, was die ukrainische Linke zum Unverständnis vieler Linker im Westen denkt, welche das sich Einlassen der ukrainischen Linken auf die Nato kritisieren, meint Georgiev, solche Überlegungen würden mit Befremden und Unverständnis aufgenommen. Es sei ja nicht so, dass die ukrainische Linke jemals die Nato unterstützt hätte. Im Gegenteil war ihr Verhältnis zur Nato vor dem russischen Angriff immer kritisch. Ihre aussenpolitische Ausrichtung entsprach eher einer neutralen Haltung. Seit dem russischen Überfall vom 24. Februar 2022 stehe die ukrainische Linke jedoch positiv zu Waffenlieferungen, das Thema Nato sei vom Tisch. «Es ist für die gesamte Öffentlichkeit des Landes ein sehr wunder Punkt, wenn Menschen, die nicht unmittelbar betroffen sind, sich über die Betroffenen hinwegsetzen und an deren Stelle argumentieren, ob es für sie nicht besser wäre, die Waffen wegzulegen, sich zu ergeben. Es ist leider so, dass in vielen Aufrufen der Friedensbewegung und der westlichen Linken die ukrainische Bevölkerung kaum Beachtung findet und zur subjektlosen Verhandlungsmasse der geopolitischen Grossmächte degradiert wird» (S. 20). Und «die ukrainischen Linken lehnen die Darstellung kategorisch ab, dass es sich bei diesem Krieg bloss um einen Stellvertreterkrieg der Grossmächte handelt, in dem die Ukraine als Land und Gesellschaft auf den Spielball eines grossen, imperialistischen Akteurs reduziert wird. Diese Darstellung wird als zynisch und überheblich empfunden» (S. 20).

Ein Beispiel für die von Georgiev kritisierte Haltung findet man z.B. im Artikel von Michael Graff mit dem Titel «Hegemonie und aktuelle Geopolitik». «Eine durchdachte linke Positionsbestimmung zum Ukraine-Krieg müsste die

Aufmerksamkeit auf die Lebensbedingungen der unteren Klassen und Berücksichtigung der Opfer und des Leids durch den Krieg richten und kritisch hinterfragen, welche Bedeutung nationale Identität dabei objektiv hat». Als ob es bei demokratischer Selbstbestimmung, die zugegebenermassen bezüglich Wirtschaftspolitik auch vom Westen bedroht wird, um «nationale Identität» ginge. Gemäss Graff ist es der Westen, der durch Waffenlieferungen «der ukrainischen Bevölkerung Tod und Leid zumutet». (S. 75).

Solche und ähnliche Haltungen werden auch von Renate Hürtgen aus Ostdeutschland kritisiert. Hürtgen erklärt die Haltung mancher westlicher Linker durch deren Biografie: jene Linke, die ihre politische Sozialisation im Kampf gegen den US-Imperialismus erhalten haben, sehen die letztendliche Verantwortung für diesen Krieg in den USA. Diese führen ja immer wieder völkerrechtswidrige Kriege. Die ostdeutsche Linke hat demgegenüber eine andere Biografie: sie kritisierte auch die USA und verfluchten die Rolle der USA beim Sturz von Allende. Sie hatte aber immer auch einen zweiten politischen Gegner, die Sowjetunion und deren Handlanger im eigenen Land. Der imperiale Charakter der Sowjetunion sei von vielen Linken im Westen in seiner Bedeutung für die osteuropäischen Staaten kaum begriffen worden. Durch ihre Fokussierung auf den US-Imperialismus seien sie blind für die ausserordentliche Bedrohung, die vom russischen Imperialismus derzeit ausgeht.

Widerspruch (2023), Ukraine, Krieg, linke Positionen, Beiträge zu sozialistischer Politik, 80, Zürich

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

80

Ukraine, Krieg, linke Positionen

L. Brangsch, F. Cavalli, R. Dillmann, I. Georgiev, M. Graff, M. Heiniger, R. Herzog, R. Hürtgen, W. Ischtschenko, D. Iten, E. Kasakow, D. Klein, T. Koniecz, U. Mäder, H. Perekhoda, B. Ringger, M. Roberts, D. Salomon, A. Sancar, P. Schadt, H. Schappi, A. Speth, A. Ulyanov, N. Weis

Wie agieren Grossmächte in Zeiten geopolitischer Umbrüche – und: Wie können sich linke Kräfte im Klima allseitiger Aufrüstung behaupten? Hilfe für die ukrainische Bevölkerung tut not, und Russlands Krieg ist falsch. Doch sind deswegen die Waffen des Westens richtig?



248 Seiten, Broschur

ISBN 978-3-85869-994-7



Le Parlement « hors de ses gonds »

Un expert juridique a critiqué la loi sur l'énergie approuvée par les Chambres fédérales fin septembre 2022 ; elle ne serait pas conforme à la Constitution. Au Palais fédéral, on ne le nie pas du tout. La sécurité d'approvisionnement nous obligerait d'agir en urgence. Les arguments avancés sont ahurissants. Les chasseurs de subventions de tous bords en sont ravis : 60% des investissements sont pris en charge par le contribuable.

Le Parlement est "hors de contrôle" selon le professeur de droit de l'environnement Alain Griffel le 28 septembre 2022 sur la radio SRF (<https://www.srf.ch/news/schweiz/dringlichesenergiegesetz-umweltrechtler-sieht-forcierte-solaroffensivekritisch>). La loi urgente pour deux nouvelles grandes installations photovoltaïques dans les Alpes et pour la surélévation du barrage du Grimsel viole, d'après lui, la Constitution à plusieurs reprises.

En effet, en ce qui concerne les deux grandes installations photovoltaïques prévues dans les Alpes valaisannes, le Parlement a décidé que la réalisation de ces projets avait en principe la priorité sur la protection de l'environnement. Cette décision est anticonstitutionnelle, car il n'y a plus de pesée des intérêts. Deuxième point : le Parlement a également inscrit dans la loi qu'il n'y avait plus d'obligation de planification pour ces deux installations photovoltaïques. Le Parlement empiète ainsi sur la souveraineté constitutionnelle des cantons. Enfin, ces projets ne pouvant être construits dans un court délai, Griffel critique le fait que le Parlement veuille déclarer la nouvelle loi urgente. "La question qu'il faudrait clarifier est la suivante : En quoi consiste l'urgence objective qui ne permet pas d'attendre un délai référendaire de 100 jours et une votation?"

Le conseiller national Philipp Bregy, chef du groupe parlementaire du centre, se justifie ainsi: "Je n'aime pas du tout cette expression 'hors de contrôle', car elle disqualifie le Parlement". Il lit les choses différemment et n'a absolument aucun doute sur la constitutionnalité. "Je considère qu'il est de mon devoir de parlementaire, dans une telle crise, de prendre les décisions nécessaires pour en sortir le plus rapidement possible", explique Bregy, lui-même juriste. Il pense donc qu'il est de son devoir de passer outre à la Constitution, le choix des mots de Griffel ne disqualifiant probablement pas le Parlement – lui-même l'a déjà fait par son propre comportement. A l'instar de l'argumentation de Bregy, nous pouvons nous attendre dans le futur à quelques jolies surprises. On identifie une situation de crise et on peut ensuite gouverner en dehors de la Constitution et de la loi et au-delà de la séparation des pouvoirs.

Le chef du groupe parlementaire du PS, Roger Nordmann, avance pratiquement les mêmes arguments. "Nous voyons maintenant que la situation internationale est très difficile". Selon Nordmann, le dynamitage des deux gazoducs Nordstream montre "que nous aurons à long terme un problème d'approvisionnement en gaz qui se répercutera sur l'électricité". Nous devons donc rapidement augmenter massivement la quantité d'électricité hivernale, dit le politicien du PS. Or

l'aménagement des Alpes ne se fera pas rapidement : il faudra probablement des années avant que les installations solaires soient construites dans les Alpes – compte tenu du fait que, d'une part, cela ne peut pas se faire sans planification et que, d'autre part, les chaînes d'approvisionnement sont précaires et les spécialistes manquent. De plus, les liaisons électriques entre le Valais et le Plateau ne sont pas garanties. Le problème du stockage n'est pas résolu. De mauvais investissements massifs et subventionnés risquent d'être ainsi réalisés.

Albert Rösti (UDC), considéré comme un spécialiste de l'énergie, admet cependant que la loi n'est pas conforme à la Constitution. "Bien sûr, vous trouverez quelques articles dans la Constitution où l'on peut parler d'entaille dans la Constitution. Mais en fin de compte, je me sens responsable, en tant que parlementaire, en tant que représentant du peuple, qu'il y ait à l'avenir suffisamment d'électricité. Et dans ce contexte, je fais, en m'appuyant sur la Constitution, une pesée des intérêts qui permettra d'atteindre cet objectif".

Matthias Jauslin, du PLR, est plus critique que certains de ses collègues. Il partage la critique du Parlement et peut la comprendre à cent pour cent. "J'ai toujours dit que le Parlement est en mode hyperactif et que cela ne se passe pas bien".

La cheffe du groupe parlementaire des Verts, Aline Trede, se montre apparemment critique vis-à-vis du processus. Selon elle aussi, la loi viole la Constitution. "Nous avons abordé ici des urgences qui ne demandent en fait aucune urgence. Nous avons inscrit des projets dans des lois fédérales, des projets concrets qui n'ont rien à y faire". Selon Trede, cette critique ne mène à rien. "Nous avons réalisé tant de choses dans l'offensive solaire. Des choses que nous n'aurions pas pu faire passer il y a un an. Et je pense que personne ne comprendrait que nous nous y opposions maintenant". Tous ceux qui critiquent la démarche du Parlement, et ils ne sont pas rares, ne sont donc "personne".

Matthias Jauslin, membre du PRD, nous considère également comme personne. "Personne ne comprendrait un non. Nous nous trouvons maintenant dans une situation de contrainte et, après le vote final, nous approuverons cette loi telle quelle, tout en sachant que nous ne sommes pas tout à fait dans la ligne constitutionnelle".

Source : <https://www.srf.ch/news/schweiz/dringliches-energiegesetz-wiepolitiker-den-moeglichen-verfassungsbruch-rechtfertigen>, 30 septembre 2022.



"L'UE tente de faire pression"

La négociatrice en chef de la Suisse, Livia Leu, vient de démissionner de ce poste. Elle reprochait en septembre 2022 à l'UE d'opérer avec des retards et une "politique de pression". Ces remarques éclairent peut-être les mobiles de sa démission. (Extrait d'une interview de Livia Leu par la NZZ).

NZZ : Avant les vacances d'été, vous avez dit que les sondages avec l'UE pourraient durer trois ou quatre ans. Avons-nous autant de temps ?

Leu: Si nous déterminons précisément un terrain d'entente, c'est du temps bien investi. De plus, le sujet est complexe. Nous parlons d'un ensemble de sujets différents. La Suisse souhaite aller de l'avant. Malheureusement, l'UE ne fait pas preuve de beaucoup d'empressement et a repoussé les échéances à plusieurs reprises. Les retards font sans doute partie de leur approche générale de ces explorations.

NZZ : Que voulez-vous dire ?

L'UE tente de faire pression.

NZZ : L'UE veut éreinter la Suisse jusqu'à ce qu'elle bouge . . . c'est ce que vous venez de dire.

NZZ : A Bruxelles, on entend le contraire : La Suisse joue la montre et ne dit pas ce qu'elle veut.

Ce n'est pas vrai. Le Conseil fédéral a dit rapidement et clairement quel était son plan. Dès février, il a décidé de proposer à l'UE un paquet pour de nouvelles discussions. Et, en juin, il a décidé d'intensifier les explorations. Il l'a d'ailleurs clairement communiqué publiquement.

NZZ : Vous voulez inciter l'UE à impliquer davantage la Suisse dans la recherche. Là, il ne s'agit même pas de l'accès au marché intérieur . . .

. . . c'est ainsi, en effet..

NZZ : Pourtant, l'UE bloque. Pourquoi ?

Cela fait partie de ce que je ne peux pas appeler autrement la politique de pression de l'UE. Cela ne favorise pas la recherche de solutions. Dans un contexte où l'Europe devrait être unie, ce comportement est difficilement compréhensible.

NZZ : L'UE s'est sans doute aperçue que la Suisse est sensible à la recherche.

Elle s'est aperçue que cela nous ferait mal si elle limitait aussi fortement la coopération en matière de recherche. Mais l'UE sait aussi que ce moyen de pression a une date d'expiration. Un jour, la participation ne sera plus aussi intéressante une fois que la plupart des coopérations auront été attribuées. Nous avons d'excellentes universités. Dans ces conditions, il est probable que les chercheurs s'engagent davantage dans des coopérations aux Etats-Unis, en Grande-Bretagne ou dans d'autres pays. La Suisse apporterait en outre une contribution financière notable au programme de recherche. L'UE s'accommode donc ici aussi de ses propres désavantages.

NZZ : Lorsque vous avez pris vos fonctions, vous avez dit qu'une solution devrait être possible grâce à la "créativité de la négociation". Diriez-vous la même chose aujourd'hui ?

Nous n'en sommes pas encore aux négociations, mais seulement au balisage du terrain. Même si tout le monde ne

veut pas l'admettre : Le Conseil fédéral a depuis longtemps répondu à l'exigence de l'UE de prendre un engagement clair. Source: NZZ 13 septembre 2022, <https://www.nzz.ch/schweiz/staatssek-retaerin-leu-die-euversucht-druck-aufzusetzen-ld.1702350>

Un professeur de l'EPF Zurich relativise l'importance de l'exclusion d'Horizon Europa

"Nous devons trouver des solutions créatives pour que les bons chercheurs viennent chez nous ou ne partent pas. Mais, en tant que scientifique, je ne fais pas dépendre mes décisions de ce qui se décide à Bruxelles. La science ne fonctionne pas ainsi. Ce n'est pas tant l'argent qui nous intéresse, mais les idées et le fait de pouvoir travailler dans un environnement inspirant. Et c'est ce qu'offre l'ETH Zurich avec son nouveau centre".

NZZ : Y aura-t-il des coopérations avec d'autres hautes écoles ?

"Oui, entre autres avec l'université de Cambridge. Il y a déjà aujourd'hui de nombreux recoupements, notamment en raison de ma propre personne. Il ne faut pas l'oublier : Nous sommes un club de chercheurs relativement petit. Les scientifiques des meilleures universités se connaissent et échangent entre eux. Cela n'a donc rien d'extraordinaire. Mais, avec notre centre, nous voulons intensifier cet échange. Nous voulons nous mettre en réseau avec les meilleurs chercheurs du monde entier".

NZZ, 3 septembre 2022, interview du professeur de l'EPF-Z Didier Queloz.

Document stratégique PS-UE

Le document stratégique du PS Suisse (voir : <https://www.europa-magazin.ch/.3bb69f17/cmd.14/audien.ce.D>), a été discuté lors du congrès du PS à Bâle le 21 octobre 2022 et a rencontré plus de résistance que prévu. Certains représentants de la Jeunesse socialiste suisse ont même proposé de rejeter le document sur l'Europe, avec la justification suivante :

"Le présent document considère l'UE dans une perspective irréaliste et enjolivée. Les lacunes et les points faibles





institutionnels ne sont pas pris en compte, ou beaucoup trop peu. Les réformes et améliorations de l'UE mentionnées dans le document sont malheureusement irréalistes et politiquement quasi impossibles. Sur le plan de la politique intérieure, la grande majorité des revendications ne sont pas non plus susceptibles de réunir une majorité, ni au Parlement ni au sein de la population. De plus, notre parti a des choses plus importantes à faire que de mener une campagne/discussion vouée à l'échec sur une adhésion à l'UE. Si les organes du parti estiment nécessaire de rédiger un nouveau document, un groupe devrait être chargé d'élaborer un éventail d'opinions plus large sur l'UE et comprenant des représentants et représentantes des différents niveaux du parti". En outre, la reformulation suivante est demandée : "Dans le présent document, le PS discute des avantages et des inconvénients d'une adhésion à l'UE et définit clairement les conditions qui doivent être remplies pour une éventuelle adhésion".

<https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2022/11/Europa-Papier-finale-Version-franzoesisch.pdf>. Ces propositions ont été rejetées, mais laissent entrevoir un peu d'espoir pour une plus grande lucidité du PS vis-à-vis de l'UE.

L'éternel retour de Charlemagne

Les autorités de l'UE ont de longue date institué le 9 mai comme « le jour de l'Europe ». Rien à voir, bien sûr, avec la chute du Troisième Reich. Il s'agit de rendre hommage à la « déclaration Schuman » rendue publique le 9 mai 1950, et souvent considérée comme le point de départ de l'intégration européenne.

C'est peu dire que cette « fête de l'Europe » s'est, une nouvelle fois, déroulée dans la plus totale indifférence des peuples. Même au sein des pays censés être les plus favorables à l'UE, il ne se trouve guère de foules prêtes à manifester leur liesse pour cette soi-disant « grande aventure », en réalité cette tentative historique de conforter le camp ouest-européen dans le contexte de la guerre froide.

L'indifférence des peuples est compensée par la grande pompe organisée par les eurocrates pour la remise du « Prix Charlemagne », la plus haute distinction de l'Union européenne, qui récompense chaque année des personnalités qui se sont distinguées par leur engagement en faveur de l'« unité européenne », autrement dit qui ont milité pour l'effacement des souverainetés nationales (et de la démocratie dont elles sont inséparables).

Parmi les héros chéris par Bruxelles, on trouve ainsi des Français comme Jean Monnet (1953), Simone Veil (1981), François Mitterrand (1988), Valéry Giscard d'Estaing (2003) ou Emmanuel Macron (2018) ; des Allemands tels que Konrad Adenauer (1954), Walter Hallstein (1961), Helmut Kohl (1988), Angela Merkel (2008), Wolfgang Schäuble (2012) ou Martin Schulz (2015) ; et même des Britanniques comme Winston Churchill (1955) ou Anthony Blair (1999). On y trouve également de grands promoteurs américains de l'intégration européenne tels que George Marshall (l'homme du plan

éponyme, 1959), Henry Kissinger (1987), ou William Clinton (2000). En 2002, c'est même la monnaie, l'euro, qui a été décorée...

La dénomination même du prix, une référence à l'empereur qui régna jadis des deux côtés du Rhin, en dit long sur l'état d'esprit qui animait les « Pères de l'Europe » : une ambition impériale. Charlemagne, roi guerrier, agrandit notablement son royaume par une série de campagnes militaires, en particulier contre les Saxons païens dont la soumission fut difficile et violente (772-804), mais aussi contre les Lombards en Italie et les musulmans d'al-Andalus.

L'ambition impériale fut d'ailleurs explicitement revendiquée par quelques hauts dirigeants européens comme José Manuel Barroso, l'ancien président de la Commission, et, plus récemment par Bruno Le Maire, l'actuel ministre français des finances. Selon eux et quelques autres, l'UE ne doit pas avoir peur de se sentir un empire, mais un empire « pacifique » s'empressaient d'ajouter ces zéloteurs de l'idée européenne.

Cette année, Volodymyr Zelensky a été désigné comme le lauréat 2023 du Prix Charlemagne, et sera ainsi honoré le 13 mai à Aix-la-Chapelle, siège historique du trône impérial où se déroule depuis 1950 cette cérémonie fréquentée par la jet-set bruxelloise. 15 mai 2023, <https://ruptures-presse.fr/deutsch/charlemagne-empire-zelensky/>



Neutralité: Pressions des membres de l'Otan

En Suisse, un tabou historique a été brisé par la commission parlementaire de la politique de sécurité. Elle s'est dite fin janvier favorable à 14 voix contre 11 à la réexportation d'armes vers l'Ukraine. Ce changement d'interprétation du principe de neutralité (= perception étrangère!!) a été rendu possible par le revirement de position de certains partis, notamment le Parti socialiste, qui combat traditionnellement la politique suisse d'exportation d'armement mais dont les élus jugent désormais que la situation mérite une exception, et qu'un statu quo équivalait à faire le jeu de la Russie.

Au-delà des pressions internes, la Suisse fait également face à des critiques de la part des pays occidentaux alliés de l'Ukraine. Depuis Davos la semaine dernière, le chef de l'Otan Jens Stoltenberg, s'il ne mentionne pas expressément la Suisse, a lancé un message clair.

"J'appelle toutes les nations à contribuer à fournir un soutien militaire à l'Ukraine (...). Il ne s'agit pas de neutralité. Il s'agit de respecter le droit à la légitime défense, de protéger l'État de droit, et de défendre la charte des Nations unies", a-t-il affirmé dans des propos rapportés par la RTS.

Même son de cloche du côté de Berlin, client de l'armement helvète, qui a fait savoir qu'il pourrait à l'avenir se tourner vers d'autres pays pour se fournir en matériel militaire. "Quand on prend des décisions pareilles, il faut aussi accepter que ses amis et partenaires se tournent vers d'autres fournisseurs", a lancé Christian Linder, ministre des Finances allemand à SRF. Une position qui inquiète par ailleurs l'industrie d'armement suisse. BVMTV, le 26 janvier 2023.





Hintergründe eines erstaunlichen Entscheids

Die Konferenz der Kantonsregierungen ermuntert den Bundesrat zu neuen Verhandlungen mit der EU. Selbst bekannte Rahmenabkommen-Skeptiker wie die Schwyzer und die Tessiner sagten Ja. Wie ist das möglich?

Als der Bundesrat Ende März 2023 in der Frage des Rahmenabkommens mit der EU aus der Deckung kam und ankündigte, dass die zuständigen Departemente bis Ende Juni die Eckwerte eines Verhandlungsmandates erarbeiten sollen, verwies er prominent auf die Kantone. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hatte ein paar Tage zuvor eine Aussprache zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union geführt und sich einstimmig für neue Verhandlungen ausgesprochen. Die innenpolitische Akzeptanz sei dadurch gestärkt, teilte der Bundesrat beflügelt mit. Der Dialog mit den Kantonen habe es ermöglicht, sowohl für die staatlichen Beihilfen wie auch für die Zuwanderungsfragen Lösungsansätze zu definieren, die zu einem gemeinsamen Verständnis mit der EU geführt hätten, tönte es optimistisch.

Manch einer dürfte sich da die Augen gerieben und sich gefragt haben, wie diese Einigkeit unter den Kantonen möglich ist. 2019 noch beurteilte die KdK den Entwurf eines institutionellen Rahmenabkommens in mehrfacher Hinsicht zurückhaltend, dies wegen der heiklen Punkte, die zwei Jahre später zum Scheitern des Rahmenabkommens führten und die auch heute noch heikel sind: dynamische Rechtsübernahme, Streitbeilegung, Rolle des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), staatliche Beihilfen. Dass vor allem die Nordwestschweizer Kantone und die Romandie seither unter der komplizierten Beziehung zur EU leiden und bei den Verhandlungen unbedingt vorwärts machen wollen, ist bekannt. Doch warum stimmen in der KdK nun plötzlich auch die Widerständler wie die Kantone Schwyz oder Tessin für neue Verhandlungen? Schliesslich haben beide Kantone ihrem Unmut über das geplante Rahmenabkommen in der Vergangenheit sehr offen Ausdruck gegeben.

So hielt die Schwyzer Regierung noch 2019 fest, «dass das Rahmenabkommen in der vorliegenden Form eine Einschränkung der direkten Demokratie bewirken würde. Zwar ist eine innerstaatliche Übernahme neuen EU-Rechts weiterhin vorgesehen. Parlamentsdebatten und Volksabstimmungen in den einschlägigen Bereichen würden teilweise jedoch zur Symbolik, weil eine Ablehnung Ausgleichsmassnahmen nach sich ziehen würde (. . .)». Einem solchen Konzept könne aus Sicht des Schwyzer Regierungsrates nicht zugestimmt werden. Auch die Tessiner Regierung äusserte sich 2021 klar negativ zur dynamischen Rechtsübernahme und zur Rolle, die der EuGH bei der Streitbeilegung spielen soll. Sind die Schwyzer und die Tessiner in der EU-Politik vom Paulus zum Saulus geworden?

Was genau in den Plenarversammlungen der KdK abläuft, ist vertraulich. Jede Kantonsregierung schickt einen Vertreter an die Sitzungen, der mit einem Mandat seiner Regierung ausgestattet ist. Gut denkbar ist, dass bei den Sitzungen unter Amtskollegen eine eigene Dynamik entsteht und dass sich der eine oder andere Opponent im entscheidenden Moment

zurückhält, weil er nicht den Spielverderber geben will. Demokratisch sind die Beschlüsse der KdK ohnehin schwachbrüstig, denn die Regierungen handeln eigenmächtig und ziehen das Kantonsparlament oder das Volk in der Regel nicht bei. So gesehen wäre es vermessen, die Stellungnahme der KdK als Position der Kantone schlechthin anzusehen.

In der Plenarsitzung vom März votierten sämtliche Kantonsvertreter für das Positionspapier, wie die KdK mitteilte. Als aber anschliessend darüber abgestimmt wurde, ob die KdK ihre Stellungnahme öffentlich machen soll, gab es auch ganz vereinzelt Nein-Stimmen. Widerstand kam etwa vom Schwyzer SVP-Finanzdirektor Herbert Huwiler. Die Schwyzer Regierung sei der Auffassung, dass Aussenpolitik Sache des Bundes sei und die Kantone sich nicht dazu äussern sollten, sagt er. Die KdK will zu dieser zweiten Abstimmung nichts sagen. Auf die Frage, wie viele Abweichler es gegeben habe, teilt sie mit: «Wir veröffentlichen Abstimmungsergebnisse nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Plenarversammlung.»

Wenn man sich den verabschiedeten Text anschaut, fällt vor allem auf, wie allgemein gehalten er über weite Strecken ist. Offenkundig wählte man einen so hohen Abstraktionsgrad, weit von den kontroversen Einzelheiten entfernt, dass sich alle damit einverstanden erklären konnten. So heisst es in der Stellungnahme der KdK, dass man grundsätzlich bereit sei, einer dynamischen Übernahme von europäischem Recht zuzustimmen, unter dem Vorbehalt, dass sie gemäss dem innerstaatlichen Genehmigungsverfahren (Zustimmung Bundesrat, Parlament und Volk) erfolge. Dagegen kann man tatsächlich nicht viel einwenden. Die Kantonsregierungen haben allerdings gegenüber ihrer vorherigen Position nun beschlossen, dass sie auch im Bereich der Personenfreizügigkeit grundsätzlich bereit sind, eine dynamische Rechtsübernahme zu prüfen. Doch zur Frage, wie allfällige Konflikte geregelt werden sollten, erfährt man nichts.

Bei der Streitbeilegung teilt die KdK mit, dass eine Lösung akzeptiert werde, «bei welcher dem EuGH die Aufgabe zukommt, eine kohärente Auslegung des betroffenen EU-Rechts sicherzustellen.» Gewisse Bereiche sollen aber davon ausgenommen werden, wie der KdK-Präsident Markus Dieth auf Anfrage präzisiert. In den Abkommen gebe es Bestimmungen, die spezifisch auf das Verhältnis Schweiz - EU zugeschnitten seien und deshalb nicht der Interpretationshoheit des EuGH unterstünden.

Aufschlussreich ist die Stellungnahme der Tessiner Regierung, die sie Anfang März zuhanden der KdK verfasst hat. Daraus geht hervor, dass sich an der Einstellung der Tessiner zu den strittigen Punkten kaum etwas geändert hat. NZZ, 17. Mai 2023, S. 8



Die Nato-Länder, welche die Schweiz wegen des Wiederausfuhrverbots von Waffen kritisieren, haben entsprechende Verträge unterschrieben.

Wiederausfuhrverbot und Neutralität

Die Schweizer Neutralitäts-Politik mit ihrem Verbot der Wiederausfuhr von Waffen wird von einigen Nato-Ländern kritisiert. Diese Kritik wird von manchen Journalisten und Politikern in der Schweiz gerne aufgegriffen und verstärkt, um wenigstens diesen Aspekt der Waffenausfuhrpolitik der Schweiz zu bekämpfen. Dabei geht es oft eher um die heimische Waffenindustrie, wofür die Solidarität mit der Ukraine instrumentalisiert wird. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist der Standpunkt mancher SP-Leute, insbesondere der Präsidentschaft dieser Partei. Obwohl die Partei die verschiedenen Waffenausfuhrverbots-Initiativen immer unterstützt hat und die Wiederausfuhrverbotsklausel miterkämpft hatte, geht sie nun von dieser Errungenschaft ab. Dabei würde sich eine einmalige Gelegenheit ergeben, Waffenausfuhr zu beschränken, da manche Nato-Länder drohen, künftig keine Waffen mehr in der Schweiz zu kaufen.

Von Paul Ruppen

Das Wiederausfuhrverbot von Waffen ist neutralitätsrechtlich nicht geboten. Das Neutralitätsrecht wird im – immer noch völkerrechtlich relevanten – Haager-Abkommen von 1907 festgehalten^[1]. Dort heisst es:

Art. 7 Eine neutrale Macht ist nicht verpflichtet, die für Rechnung des einen oder des anderen Kriegführenden erfolgende Ausfuhr oder Durchfuhr von Waffen, Munition und überhaupt von allem, was für ein Heer oder eine Flotte nützlich sein kann, zu verhindern.

Art. 8 Eine neutrale Macht ist nicht verpflichtet, für Kriegführende die Benutzung von Telegrafien oder Fernsprehleitungen sowie von Anlagen für drahtlose Telegrafie, gleichviel, ob sie ihr selbst oder Gesellschaften oder Privatpersonen gehören, zu untersagen oder zu beschränken.

Art. 9 Alle Beschränkungen oder Verbote, die von einer neutralen Macht in Ansehung der in den Artikeln 7 und 8 erwähnten Gegenstände angeordnet werden, sind von ihr auf die Kriegführenden gleichmässig anzuwenden.

Aus neutralen Staaten könnten also gemäss Abkommen sogar Waffen an kriegsführende Parteien verkauft werden. Nur bei Beschränkungen und Verboten ist die Gleichbehandlung der Kriegsparteien erforderlich. Bei der Diskussion um die Wiederausfuhr geht es also eigentlich nicht um rechtliche Aspekte der Neutralität, sondern um geltende Gesetze, die in der Schweiz in den letzten 50 Jahren besonders durch Friedensbewegungen und deren Alliierte erreicht wurden.

Anläufe für ein Waffenausfuhrverbot

Mehrere, jeweils abgelehnte Volksinitiativen, welche die Waffenausfuhr verbieten wollten und von breiten Koalitionen (Friedensbewegungen, Kirchen, politische Parteien) getragen wurden, führten dazu, dass die Schweiz auf Grund von indirekten Gegenvorschlägen Waffenausfuhr verstärkt regulierte. Die vom Volksmehr sehr knapp abgelehnte Volksinitiative (49,7 % Ja-Stimmen) 'Rüstungskontrolle und Waffenausfuhrverbot' von 1972 (Abstimmung vom 24.09.1972) verlangte^[2]:

^[1] https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/26/499_376_481/de

«Ausfuhr von militärischen Waffen, Munition und Sprengmitteln, sowie von allem übrigen, kriegstechnischen Zwecken dienenden Material, einschliesslich deren integrierenden Bestandteilen ist verboten. Dem Bund bleiben die Ausfuhr von Kriegsmaterial im Sinne von Absatz 3 dieses Artikels an neutrale Staaten Europas und die waffentechnische Zusammenarbeit mit ihnen vorbehalten, soweit das Verbot der Ausfuhr in weitere Staaten eingehalten wird.»

Der Initiative war in Form eines Gesetzes ein indirekter Gegenentwurf entgegengestellt worden, das Bundesgesetz vom 30.06.1972; AS 1973 108^[3]. Dort hiess es:

Art. 9 1 Ohne Bewilligung des Bundes sind die Einfuhr, die Ausfuhr und die Durchfuhr von Kriegsmaterial untersagt.

2 Die Ein-, Aus- und Durchfuhrbewilligung ist zu befristen; sie kann jederzeit widerrufen werden.

Art. 10 Eine Bewilligung wird nicht erteilt, wenn die beabsichtigte Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr den Landesinteressen zuwiderläuft oder zwischenstaatlichen Vereinbarungen widerspricht.

Art. 11 1 In der Regel werden Ausfuhrbewilligungen nur erteilt, a. wenn es sich um die Lieferung an eine ausländische Regierung oder an eine von einer solchen mit einem Fabrikationsauftrag betraute Firma handelt; b. wenn eine Erklärung dieser Regierung vorliegt, wonach das Material der Selbstverteidigung des betreffenden

^[2] <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis99.html>

^[3] <https://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/detailView.do?id=10045531#1>



Landes dient und nicht wieder ausgeführt wird;

2 Es werden keine Ausfuhrbewilligungen erteilt, a. nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonst wie gefährliche Spannungen bestehen; b. wenn Grund zur Annahme besteht, dass Kriegsmateriallieferungen in ein bestimmtes Land die von der Schweiz im internationalen Zusammenleben verfolgten Bestrebungen, insbesondere zur Achtung der Menschenwürde, sowie im Bereich der humanitären Hilfe oder der Entwicklungshilfe, beeinträchtigen.

Das Gesetz von 1972 enthält also bereits das Wiederausfuhrverbot.

Eine weitere Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» wurde am 8. Juni 1997 mit 77,5 % Nein-Stimmen verworfen worden^[4]. Die Initiative war etwas weiter gefasst, da sie einen Auftrag an die Regierung enthielt, international friedenspolitisch tätig zu werden:

1 Der Bund fördert und unterstützt internationale Bestrebungen zur Eindämmung des Kriegsmaterialhandels und zur Rüstungsbeschränkung zugunsten der sozialen Entwicklung.

2 Ausfuhr, Durchfuhr und Vermittlung von Kriegsmaterial und Dienstleistungen, die ausschliesslich kriegstechnischen Zwecken dienen, sowie dazu nötige Finanzierungsgeschäfte sind untersagt. Die Herstellung von Kriegsmaterial bedarf einer Bewilligung.

3 Ausfuhr, Durchfuhr und Vermittlung von Gütern und Dienstleistungen, die sowohl für militärische wie zivile Zwecke verwendet werden können, sowie dazu nötige Finanzierungsgeschäfte sind untersagt, falls der Erwerber diese für kriegstechnische Zwecke verwenden will.

Schliesslich gelangte 2009 die eidgenössische Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»^[5], die vom «Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte» mit 109'224 gültigen Unterschriften im Jahr 2007 eingereicht wurde, zur Abstimmung. Sie forderte zwei neue Verfassungsartikel, die ein allgemeines Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial und die Verpflichtung des Bundes zur Förderung internationaler Bestrebungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle festschreiben sollten – war also inhaltlich mit der Initiative von 1999 eng verwandt. Die Vorlage wurde am 29. November 2009 von 68,2 % des Schweizer Stimmvolks und allen Ständen abgelehnt.

Nach der Ablehnung der Volksinitiative von 2009 fing der Bundesrat bald an, die Bestimmungen bezüglich Kriegsmaterialexporten zu lockern. Zuerst erlaubte er Waffenexporte in Konfliktstaaten und 2014^[6] sogar in jene Länder, die «Menschenrechte systematisch und schwerwiegend» verletzen, «wenn ein geringes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial zur Begehung von schwerwiegenden Men-

schenrechtsverletzungen eingesetzt wird». 2016 hob er das einjährige Moratorium für Kriegsmaterialexporte in den Nahen Osten auf und interpretierte die Kriegsmaterialverordnung (KMV) neu^[7]: Ausfuhren in Länder mit internen oder internationalen bewaffneten Konflikten sind nur dann verboten, wenn die Konflikte im Land selbst stattfinden.

In der Folge beschäftigten Bilder von Schweizer Waffen in den Händen von Milizen in Syrien, Libyen und Jemen die Schweizer Bevölkerung. Die Zivilgesellschaft empörte sich über den Verkauf von Schweizer Kriegsmaterial an Saudi-Arabien, ein Staat, der für seine Menschenrechtsverletzungen bekannt ist. Als Reaktion auf die lasche Bewilligungspraxis des Bundesrates wurde die Korrektur-Initiative («Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer»^[8]), lanciert. Sie verlangte:

3 Auslandsgeschäfte mit Kriegsmaterial sind insbesondere verboten, wenn:

a. das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist; das Gesetz kann Ausnahmen vorsehen, namentlich für:

1. demokratische Länder, die über ein Exportkontrollregime verfügen, das mit demjenigen der Schweiz vergleichbar ist,

2. Länder, die ausschliesslich im Rahmen einer Resolution des Sicherheitsrats der Organisation der Vereinten Nationen in solche Konflikte verwickelt sind;

b. das Bestimmungsland Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt;

c. im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird; oder

d. im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das Kriegsmaterial an einen unerwünschten Endempfänger weitergegeben wird.

Als Gegenvorschlag, der die Initianten veranlasste, die Initiative zurückzuziehen, beschlossen die Räte im Herbst 2021 das Kriegsmaterialgesetz zu verschärfen und entsprechende Änderungen im Gesetz festzuhalten, um den Bundesrat damit besser an die Leine zu nehmen.

Neueste Aufweichungsversuche

Nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und verschiedenen Anfragen von Nato-Staaten bezüglich Weitergabe von in der Schweiz gekaufter Munition und Waffensystemen an die Ukraine witterten die Gegner der Verschärfung Morgenluft. Zu ihnen gesellten sich verschiedene Politiker, welche die Verschärfung im Herbst 2021 noch unterstützt

^[4] <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis226t.html>

^[5] <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis346.html>

^[6] <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-54544.html><https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-54544.html>

^[7] <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-61434.html>

^[8] <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis490.html>



hatten. Gefordert wurde z.B. Notrecht, um das neue Gesetz zu umschiffen oder es wurden in den Parlamenten verschiedene Vorstösse lanciert, um das Gesetz ad hoc zu lockern. Solche Vorgehensweisen lassen ein seltsames Verständnis von Rechtsstaatlichkeit zum Vorschein kommen. Wenn man Gesetze nach Gutdünken von Fall zu Fall anpassen will, bräuchte man sie eigentlich gar nicht und die Rechtssicherheit bliebe auf der Strecke.

Betrachtet man die Waffenarsenale der USA und vergleicht diese mit den entsprechenden russischen Zahlen, wird klar, dass die USA auf die Unterstützung der Schweiz nicht angewiesen ist. Die folgenden Zahlen belegen, dass die USA von 2013 bis 2022 (10 Jahre) für Rüstung 11.4 mal mehr ausgegeben haben als Russland, im Jahre 2022 11.2 mal mehr^[9].

Rüstungsausgaben in Millionen Dollar		
Jahre	2013-2022	2022
USA	7'641'103	81'1591
Russland	668'352	7'1981

Die Unterschiede werden noch grösser, wenn man einige Staaten hinzunimmt, welche die Ukraine bisher militärisch unterstützten (Summe der Rüstungsausgaben: USA, Japan, Kanada, Polen, Slowakei, Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande, Spanien, UK). Es ergibt sich das folgende Bild:

Rüstungsausgaben in Millionen Dollar		
Jahre	2013-2022	2022
Ukraine Unterstützer	10'763'072	1'166'555
Russland	668'352	7'1981
Schweiz	54'202	6'241

Es wurden von den berücksichtigten Ukraine-Unterstützern in den betrachteten 10 Jahren 16.1 mal mehr für Rüstung ausgegeben als durch Russland, 2022 16.2 mal mehr. Die Schweiz gab für beide Zeiträume für Waffen 5 Promille der Waffenkäufe der berücksichtigten Ukraine-Waffenlieferanten aus.

Worum es den Nato-Staaten bei den wiederholten Gesuchen um Wiederausfuhr geht, darüber kann man nur spekulieren. Diese Gesuche werden gestellt, obwohl diese Staaten die gesetzliche Situation in der Schweiz kennen und das Wiederausfuhrverbot selbst vertraglich zugesichert haben. Manchen Staaten geht es beim Gesuch vermutlich darum, von der eigenen Trägheit bezüglich Waffenlieferungen an die Ukraine abzulenken. Bezüglich der USA gilt das wohl nicht: Die Redewendung des US-amerikanischen Botschafters in der Schweiz von der Schweiz als Loch im Nato-Donut^[10], lässt vermuten, dass man die Reihen bis auf den letzt-möglichen Staat bezüglich Blockbildung geschlossen haben möchte. Solchem Ansinnen ist angesichts des völkerrechtlich keineswegs immer lupenreinen Verhaltens der USA und mancher Nato-Staaten zu widerstehen. Der Schweiz sollte es

^[9] <https://sipri.org/databases/milex>

^[10] NZZ, 16.03.2023, <https://www.nzz.ch/schweiz/botschafter-der-usa-die-schweiz-ist-in-der-schwersten-krise-seit-dem-zweiten-weltkrieg-ld.1730547>

um eine Politik gehen, die konsequent am Völkerrecht ausgerichtet ist – nicht nur wenn die Russen ein Land angreifen, das genügend nahe an EU-Europa liegt und das für die USA geopolitisch wichtig ist.

Diese Bemerkungen stellen keineswegs das völkerrechtsgemässe Selbstverteidigungsrecht der Ukraine in Frage. Und Staaten haben natürlich das Recht, der Ukraine Waffen zu liefern. Zudem geht es hier nicht darum, den Ukrainern zu predigen, sie sollten sich gefälligst unter das brudervölkische russische Joch begeben. Die Nato-Staaten liefern ja Waffen, und sie haben davon mehr als genug. Es gibt deshalb keinen Grund, Druck auf die Schweiz auszuüben.

Beim Wiederausfuhrverbot der Schweiz geht es – betrachtet man die Geschichte dieses Verbotes – um ein friedenspolitisches Anliegen, in viel politischer Arbeit mühsam errungen. Das sollte man nicht leichtfertig über Bord werden. In der Staatenwelt gibt es verschiedene Rollen, und ungehinderte Blockbildung ist für die friedliche Zukunft der Menschheit nicht von Gutem. Wichtig wäre allerdings, dass die Schweiz ihr humanitäres Engagement in der Ukraine verstärken würde, um nicht als Trittbrettfahrerin zu erscheinen. Pro Kopf und Wirtschaftsleistung sollte sie diesbezüglich an vorderster Front stehen. Die Schweiz ist aber laut den Daten vom Februar 2023 bezüglich Hilfszusagen fast das Schlusslicht in Europa^[11]. «Wenn die Schweiz etwas ankündigt, macht sie es auch», sagte Johannes Matyassy, stellvertretender Staatssekretär im Aussendepartement. Solche Ausflüchte sind nicht die besten Zeugen für ein wirkliches Engagement, selbst wenn bei manchen Staaten der Unterschied zwischen Zusagen und faktischen Geldflüssen gross sein mag. ■

^[11] NZZ, 21.02.2023, <https://www.nzz.ch/schweiz/hilfe-fuer-die-ukraine-die-schweiz-ist-laut-den-neusten-daten-fast-das-schlusslicht-in-europa>

Menasse und die Demokratie

Der von hiesigen, pro-EU-Zeitungen bejubelte Robert Menasse hat, anders als seine Bewunderer, aus den Konsequenzen seines eurobeschränkten «Internationalismus» für die Demokratie nie ein Geheimnis gemacht. In seinem Europäischen Landboten schreibt er, die Demokratie sei «erst einmal zu vergessen, ihre Institutionen abzuschaffen, soweit sie nationale Institutionen sind, und dieses Modell einer Demokratie, das uns so heilig und wertvoll erscheint, weil es uns vertraut ist, dem Untergang zu weihen». Und: «Wir müssen stossen, was ohnehin fallen wird, wenn das europäische Projekt gelingt. Wir müssen dieses letzte Tabu der aufgeklärten Gesellschaften brechen: dass unsere Demokratie ein heiliges Gut ist» (Menasse 2012, Der Europäische Landbote, S. 98).



Gewerkschaften und Rahmenabkommen

Die Nervosität steigt im Juni 2023. Der Bundesrat hat angekündigt, dass er Ende Juni 2023 über die Eckwerte eines neuen Verhandlungsmandats entscheiden will. Wird er diesen Schritt wagen? Soll er?

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), eine der mächtigsten Kräfte in der EU-Politik der Schweiz, hat am Freitag, den 2. Juni 2023 Position bezogen. Er spricht sich weder für noch gegen die Aufnahme neuer Verhandlungen aus. Stattdessen listet die Resolution, die von den SGB-Delegierten in Bern einstimmig beschlossen worden ist, mehrere Voraussetzungen auf, die ein Verhandlungsmandat erfüllen müsse.

Implizit ist die Botschaft jedoch deutlich: Der grösste Dachverband der Angestellten glaubt nicht an eine Einigung und ist unverändert kampfbereit. Falls Bundesrat und Arbeitgeber ihn dazu bringen wollen, ein künftiges Verhandlungspaket dennoch zu unterstützen, wird das nicht gratis sein.

Was die laufenden Sondierungsgespräche mit der EU genau ergeben haben, ist bis anhin nicht öffentlich bekannt. Besser informiert sind die Spitzen der Gewerkschaften, Arbeitgeber und Kantone, mit denen sich der Bundesrat regelmässig austauscht. Doch sie haben sich verpflichtet, keine Einzelheiten weiterzugeben.

Am Freitag hat der SGB nun aber in aller Deutlichkeit Bilanz gezogen. «Die Entwicklung der Sondierungsgespräche ist, gelinde gesagt, besorgniserregend», sagte der Chefökonom Daniel Lampart. Der Lohnschutz sei nicht gesichert. Und auch beim Service public – insbesondere beim Strommarkt und bei der Eisenbahn – sieht der SGB grosse Risiken. Im Zentrum steht jedoch unverändert der Lohnschutz. Konkret geht es um die flankierenden Massnahmen, die parallel zur Personenfreizügigkeit eingeführt worden sind, um das hohe Schweizer Lohnniveau und die hiesigen Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Das Regelwerk wird von der EU seit Jahren kritisiert.

Laut Lampart sind in den Gesprächen mit Brüssel mehrere Elemente gefährdet: das schweizerische Vollzugssystem der Gesamtarbeitsverträge (GAV) durch die Sozialpartner; die Dienstleistungssperren gegenüber ausländischen Firmen, die sich nicht an die Regeln halten; und die Kauttionen, die je nach GAV auch Betriebe aus EU-Ländern hinterlegen müssen, wenn sie in der Schweiz tätig sind. Zudem beharrt die EU laut dem SGB darauf, dass ausländische Firmen ihren Angestellten bei Einsätzen in der Schweiz Spesen nur in der im Heimatland üblichen Höhe bezahlen müssen.

Fazit der Gewerkschaft: Ausser Verschlechterungen liege beim Lohnschutz nichts Verbindliches auf dem Tisch. Falls der Bundesrat trotzdem neue Verhandlungen aufnimmt, muss er gemäss dem SGB primär darauf beharren, dass der «eigenständige Lohnschutz» gesichert bleibt. Dahinter steht die Sorge, die flankierenden Massnahmen könnten unter die Räder kommen, wenn in diesem Bereich eine juristische Streitbeilegung unter Einbezug des Europäischen Gerichtshofs eingerichtet wird.

Der SGB verlangt «verbindliche Garantien» für einzelne

Teile des Lohnschutzes. Gleichzeitig zeigt er sich bereit zu Justierungen im Detail, zum Beispiel bei der berühmt-berüchtigten Acht-Tage-Regel, die 2019 im Streit um den gescheiterten Rahmenvertrag für Aufsehen sorgte. Die Voranmeldefrist für Arbeitseinsätze in der Schweiz kann laut dem SGB verkürzt werden – unter Bedingungen: Neu sollen Bauherren für die beauftragten Firmen haften. Sie erhielten dafür Zugang zu den Daten aus den Lohnkontrollen, um zu sehen, wer sich an die Regeln hält. Die neue Resolution plädiert zwar für eine Öffnung gegenüber der EU, aber diese müsse den Arbeitnehmenden dienen.

Der SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard warf dem Bundesrat und den Arbeitgebern «Rosinenpickerei» vor. Sie wollten von der EU nur jene Regeln übernehmen, die in ihre «neoliberale Agenda» passten. Dabei kenne die Union bei Themen wie Mindestlöhnen oder Temporärarbeit fortschrittliche Ansätze, denen sich Bern aus Sicht des SGB noch so gern anschliessen könnte.

«Eine himmeltraurige Rolle spielen die Schweizer Arbeitgeber», sagte Daniel Lampart. Sie nähmen Verschlechterungen in Kauf und böten keine Hand für Verbesserungen, um den Lohnschutz trotz zunehmender Verbreitung von Subunternehmen und Temporärarbeit weiterhin sicherstellen zu können.

Hinter den Kulissen wird gefeilscht. Der Bundesrat plant Massnahmen, um bei einem Deal mit der EU den Lohnschutz im Inland mit autonomen Massnahmen zu sichern. Die Gewerkschaften haben ihm einen Katalog mit Forderungen vorgelegt, der unter anderem auf eine Ausweitung von GAV und Mindestlöhnen hinausläuft. Der SGB-Präsident Maillard beklagte, die Patrons seien nicht bereit, darauf einzugehen. Rhetorisch fragte er, ob die Wirtschaft wirklich eine Lösung mit der EU wolle.

Tatsächlich zeigen sich die Arbeitgeber bis anhin unnachgiebig. Sie wollen keine weitere Regulierung und Einschränkung des Arbeitsmarkts in Kauf nehmen. Auch deshalb ist die Spannung vor dem Entscheid des Bundesrats gross. Wird er auf die Forderungen der Gewerkschaften eingehen? Weil die SVP ein neues Abkommen mit der EU in jedem Fall bekämpfen wird, hat ein neuer Anlauf wohl nur eine Chance, wenn die Linke einigermaßen geschlossen dahintersteht. Das macht es schwierig, die Wünsche der Gewerkschaften zu ignorieren. NZZ, 3. Juni 2023, S. 13

Peter Sloterdijk und die Grosstaaterei

In einem NZZ-Interview sagt Peter Sloterdijk, wieso er von einer Welt aus Kleinstaaten träumt und woran Demokratien wie Frankreich oder Amerika krankten. <https://petersloterdijk.net/2022/11/deutschland-ist-die-groesste-exportnation-fuertuemer/>



Ombudsfrau legt Finger in die Wunden

Zu „laxe Ethikregeln“ im EU-Parlament, Mängel in der EU insgesamt bei der Transparenz, beim Zugang zu Gerichten und der Einbeziehung der Öffentlichkeit, auch im Umweltbereich. Die Europäische Bürgerbeauftragte hat Schwachstellen für Lobbyismus aller Art untersucht und außerdem festgestellt, dass Fristen oft nicht eingehalten werden.

Nach dem Korruptionsskandal im EU-Parlament muss die EU mehr tun, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institution wiederherzustellen. Das ist dem Jahresbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten Emily O'Reilly zu entnehmen, den sie am 25. April 2023 vorgelegt hat. Der größte Anteil der Beschwerden im Jahr 2022, nämlich 32 Prozent, entfiel auf die Bereiche Transparenz und Rechenschaftspflicht. Des Weiteren war der sogenannte Drehtür-Effekt Thema, bei dem es um die „Abkühlungsphase“ und Interessenkonflikte vom EU-Personal nach ihrer Tätigkeit für die Europäische Union geht.

O'Reilly hat unter anderem die EU-Zentralbank aufgefordert, bei Personalwechseln in den Finanzsektor besonders wachsam zu sein. Die Ende 2022 aufkommenden Korruptionsvorwürfe im EU-Parlament hätten außerdem „ein Schlaglicht auf die laxen Ethikregeln im Parlament wie auch in der institutionellen EU insgesamt“ geworfen, so die Ombudsfrau. Der Status der EU als globale Regulierungs-, Handels- und politische Macht mache sie zu einem „natürlichen Ziel“ für Lobbyisten, die Industrie und ausländische Staaten, die versuchen, ihre Entscheidungsfindung zu beeinflussen. „Wir müssen dafür sorgen, dass die Ethik- und Anti-Korruptionsvorschriften der EU diesem Druck standhalten können“, forderte O'Reilly. Sie kündigte an, die EU-Verwaltung in diesem Bereich zu stärken, und weiter als „unabhängiges Ethik-Überwachungsgremium“ aufzuzeigen, wo die Standards nachgelassen haben und was verbessert werden kann. Auf Eigeninitiative hat die Ombudsstelle außerdem untersucht, wie es mit der Transparenz und Beteiligung an Umweltentscheidungen in der EU bestellt ist.

Am 25. April 2023 hat die Ombudsstelle außerdem die Ergebnisse einer Konsultation von 18 Organisationen und Einzelpersonen zur Transparenz von EU-Umweltentscheidungen veröffentlicht. Demnach gibt es „eine Reihe von Bedenken bezüglich des Zugangs zu Informationen und der Beteiligung der Zivilgesellschaft“. Es gebe teilweise Schwierigkeiten, Entscheidungsprozesse zu verfolgen oder zu ihnen beizutragen. Dazu gehörten die späte Veröffentlichung von Informationen wie Tagesordnungen, mangelnde Transparenz bei der Lobbyarbeit und Schwierigkeiten beim Zugang zu Informationen über Trilog-Gespräche zwischen dem EU-Parlament, dem Rat und der Kommission über Gesetzesentwürfe. Problematisch sei auch der Umgang der EU-Institutionen mit Anträgen auf Zugang zu Dokumenten sowie Zugang zu Informationen über bestimmte EU-Fonds, wie die von der Europäischen Investitionsbank verwalteten, oder über Finanzierungen mit Umweltauswirkungen, wie im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik. Um die Zivilgesellschaft besser einzubeziehen, hätten die Befragten vorgeschlagen, dass die

Kommission vorläufige Positionen zu politischen Maßnahmen und Rechtsvorschriften mitteilen sollte. Es fehle außerdem an Transparenz darüber, wer an öffentlichen Konsultationen teilnimmt. Die Konsultation fand zwischen September und Dezember 2022 statt.

Bereits Anfang April 2023 hatte die Europäische Ombudsstelle die EU-Kommission aufgefordert, sich dringend mit „systemischen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang zu Dokumenten“ zu befassen. Es müsse ein grundsätzliches Umdenken stattfinden, damit die in der EU-Transparenzverordnung festgelegten Fristen eingehalten werden können. In 85 Prozent der Fälle, bei denen die EU-Kommission den nicht erteilten Zugang zu Dokumenten aufgrund von Beschwerden prüfen soll, werden die Fristen nicht eingehalten. Über 60 Prozent dieser Nachprüfungen dauerten mehr als 60 Arbeitstage, obwohl die Höchstdauer bei 30 Arbeitstagen liegt.

Die Ombudsfrau räumte ein, dass die Zahl und Komplexität der von der Kommission bearbeiteten Anträge zunimmt, 2021 seien es über 8.000 gewesen. Allerdings habe sich bei Sichtung der Beschwerden gezeigt, dass es „häufig zu langen Verzögerungen in Fällen kommt, die von großem öffentlichen Interesse sind“. Informationen für Recherche- oder journalistische Zwecke seien dann häufig nicht mehr von Nutzen, Bürgerinnen und Bürger könnten bei der Entscheidungsfindung nicht mehr mitreden. EU-News, 05. Mai EU-News <https://www.dnr.de/aktuelles-termine/aktuelles/ombudsfrau-legt-finger-die-wunden>

EU plant Greenwashing sogar im Luftverkehr

Auch moderne Flugzeuge belasten das Klima massiv. Doch EU-Investitionsvorschriften sollen sie als «umweltfreundlich» deklarieren.

Die EU-Kommission bereitet derzeit Kriterien vor für die Aufnahme des Luftverkehrs in die EU-Investitions-Vorschriften. Das betrifft unter anderem auch die Flugzeugproduzenten. Dabei könnten über 7000 noch zu bauende Airbus-Maschinen auf einen Schlag das Prädikat «nachhaltig» erlangen und so «grün gewaschen» werden. Das zeigt eine Datenauswertung der unabhängigen NGO «Transport & Environment» (T&E) vom 17. Februar 2023.

Für Investoren als «nachhaltig» soll ein Flugzeug demnach bereits dann gelten, wenn es in Sachen Treibstoffeffizienz das Beste seiner Klasse ist. So definiert es der Kriterienentwurf, der 2022 von der «Platform on Sustainable Finance» empfohlen wurde. «Best in Class» ist eine Maschine, sobald sie effizienter ist als Flugzeuge der älteren Generation und bei ihrem Einsatz in der Flotte einer Fluggesellschaft eine ältere Maschine ersetzt. Das treffe für über 90 Prozent der hängigen Flugzeugbestellungen von Airbus zu, heisst es im Bericht von «Transport & Environment», auch wenn die neuen Flugzeuge immer noch fast ausschliesslich mit fossilen Brennstoffen



betrieben würden und nur schwache Standards für die Kraftstoffeffizienz erfüllten.

Moderne, treibstoffeffizientere Flugzeuge emittieren wohl etwa 10 bis 20 Prozent weniger als ältere Modelle. Doch deren Einsatz hat die CO₂-Belastung nicht gesenkt. Im Gegenteil: Die Emissionen des Flugsektors sind in den letzten Jahrzehnten exponentiell gestiegen, von 1990 bis 2017 um 129 Prozent. Dies trotz Verbesserungen der Treibstoffeffizienz neuer Flugzeuge um 18 Prozent im gleichen Zeitraum. Das liegt ganz einfach am starken Wachstum des globalen Flugzeug-Bestands und an der starken Zunahme des Flugverkehrs insgesamt.

Pro Passagier- und Frachtkilometer tragen Personen- und Warentransporte in der Luft stärker zur Klimaerwärmung bei als der Strassenverkehr. Trotzdem ist kein Transportmittel dermassen hoch subventioniert wie der Flugverkehr:

- Kein Rappen Steuern auf dem Flugbenzin
- Keine Mehrwertsteuer auf den Flugtickets
- Milliardensubventionen für den Bau von Airbus- oder Boeing-Flugzeugen
- Airlines wie Al Italia und andere wurden mit Hunderten Millionen Euros Steuermitteln vor dem Konkurs bewahrt
- Zinsgünstige oder zinslose Darlehen an Flughäfen
- usw.

Pascal Derungs / 20. März 2023 <https://www.infosperber.ch/umwelt/boden-raum-verkehr/eu-plant-greenwashing-sogar-im-luftverkehr/>

Die EU will Riesen-Lkw grenzüberschreitend zulassen

Die Europäische Union will den Lkw-Verkehr angeblich grüner machen: Bis zu 25,25 Meter lange und 60 Tonnen schwere Fahrzeuge sollen die Wende bringen.

Gigaliner oder Monsterlastwagen – nur schon die Namen verraten, dass die überlangen Fahrzeuge auf Europas Strassen nicht immer gern gesehen sind. Dennoch sind die bis zu 25,25 Meter langen und bis zu 60 Tonnen schweren Trucks in den letzten Jahren zu einem gewichtigen Faktor im Transportwesen geworden. Bisher allerdings mit klaren Beschränkungen. In Schweden und Finnland sind sie inzwischen weit verbreitet. In den Niederlanden, Belgien, Dänemark, Spanien, Portugal und Tschechien wird ihr Einsatz erprobt.

Nun will die Europäischen Union freie Fahrt für die Gigaliner für den ganzen Kontinent. Für den 21. Juni 23 hat die EU-Kommission nämlich einen Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie für Masse und Gewichte von Fahrzeugen angekündigt. Noch ist offen, ob mit dieser Vorlage nur längere Lastwagen grenzüberschreitend zugelassen werden sollen oder neu auch 60-Tönnner statt wie bisher 40-Tönnner, beziehungsweise 44-Tönnner im kombinierten Verkehr. Also wenn Güter mit Lkw, Bahn und Schiff transportiert werden.

Dem Bundesamt für Strassen (Astra) ist die Thematik bekannt. Die EU-Kommission habe die Schweiz verschiedentlich über die Weiterentwicklung der Vorschriften für Masse und Gewichte im grenzüberschreitenden Verkehr informiert, schreibt Jérôme Jacky, der Bereichsleiter Information

und Kommunikation.

Momentan lassen die gesetzlichen Bestimmungen den Einsatz in der Schweiz nicht zu. Ausserdem gilt das Landabkommen mit der EU, in dem das Maximalgewicht auf 40 Tonnen festgelegt ist. Trotzdem dürfte die Schweiz unter Druck kommen. Die EU würde wohl alles unternehmen, um den wichtigen Nord-Süd-Korridor durch die Schweiz für die Lang-Lkw befahrbar zu machen.

Das Astra analysierte 2011 das schweizerische Strassennetz und kam zum Schluss, dass eine generelle Zulassung der Riesen-Lkw nicht möglich ist. Bereits bei der Einfahrt in die Schweiz gäbe es kritische Punkte, da Zollanlagen nicht auf Gigaliner ausgerichtet seien, hielten die Fachleute fest. Zahlreiche Anlagen wie Raststätten, Anschlüsse bei Hochleistungsstrassen, Knoten und Kreisel wären aus physischen und rechtlichen Gründen nicht geeignet.

Ausserdem wären bei einer Erhöhung des Fahrzeuggesamtgewichts auf 60 Tonnen einerseits die Tragfähigkeit verschiedener Kunstbauten, insbesondere Brücken, andererseits die Sicherheit in Tunnels, speziell bei Gefahrguttransporten, nicht mehr gewährleistet, stellten die Astra-Experten fest. Oder kurz zusammengefasst: Gigaliner würden das schweizerische Strassennetz innert Kürze zum Kollabieren bringen. Diese Analyse ist laut dem Sprecher Jérôme Jacky immer noch gültig.

Die massiven Schäden für die Infrastruktur sind nur ein Grund, warum der Verein Alpeninitiative alarmiert ist. «Wir beobachten die grenzüberschreitende Zulassung von 60-Tönnnern sehr besorgt», sagt der Geschäftsleiter Django Betschart. «Ein solcher Schritt würde die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene torpedieren.» Zudem würde die freie Fahrt für Gigaliner die Umwelt stark belasten und die anderen Verkehrsteilnehmer gefährden.

Die EU-Kommission begründet die grenzüberschreitende Zulassung von Gigaliner in erster Linie ökologisch. In einem Bericht hält sie fest, das erwartete Wachstum des europäischen Gütertransportmarktes und die umweltpolitischen Herausforderungen würden Schritte verlangen, «durch die Effizienz, Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit des Strassengüterverkehrs durch schwere Nutzfahrzeuge verbessert werden». Oder kurz zusammengefasst: Wieso muss man drei Lkw einsetzen, wenn man dieselbe Ladung auch mit zwei Lkw transportieren kann? Die EU hält es offenbar mit dem amerikanischen Countrystar Tyler Booth, der singt: «In God and Trucks we trust.» NZZ, 15. Mai 2023, S. 11



EU-Chile Freihandelsabkommen: „Wie die Konquistadoren“

Im Dezember 2022 unterschrieben die chilenische Außenministerin Antonia Urrejola und der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, in Brüssel die Aktualisierung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Chile. Ein Aufruf von über 500 Organisationen und Personen aus Europa und Chile kritisiert dieses Abkommen scharf. Es sei neokolonial und diene den Interessen der europäischen Elektromobilität.

Die Kritik weist darauf hin, dass für jedes Kilo „grünen“ Wasserstoff zehn Liter entmineralisiertes Süßwasser und Energie in großem Maßstab verbraucht werde. Landwirtschaftliche Flächen würden in Standorte für Photovoltaik- oder Windkraftanlagen, die für den Export „erneuerbarer“ Kraftstoffe erforderlich sind, umgewandelt. Chile müsse für die Umwelt-, Sozial- und Klimakosten aufkommen, die für die Umstellung in Europa erforderlich sind, und dafür, dass in diesen Ländern weiterhin das Auto benutzt wird, anstatt den öffentlichen Verkehrsmitteln Vorrang zu geben.

Weiter kritisiert der Aufruf, dass das Abkommen den Export von Industrie- und verarbeiteten Waren aus der EU nach Chile fördern werde, während Chile vor allem Produkte aus dem Agrar- und Bergbausektor in die EU exportiert. Dadurch werden „die derzeitigen Muster von Handelsungleichgewicht und Abhängigkeit verewigt.“ Zudem wird ein System von Investitionsschiedsgerichten eingerichtet, das Konzernen die Möglichkeit gibt, gegen Sozial- und Umweltgesetze zu klagen, wenn diese sich in ihren Profiterwartungen beeinträchtigt sehen. April, 2023, Solidarwerkstatt Linz, <https://www.solidarwerkstatt.at/arbeit-wirtschaft/wie-die-konquistadoren>
<https://amerika21.de/2022/12/261595/chile-freihandels-abkommen-eu>

Tabaklobby in der EU

Die EU-Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly hat in einer vorläufigen Untersuchung, die Ende April 2023 veröffentlicht wurde, mehrere Fälle von Missständen in der Verwaltungstätigkeit der EU-Kommission bei Treffen mit Tabaklobbyisten festgestellt. Treffen mit Tabaklobbyisten sind zwar nicht verboten, werden aber durch das globale Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakkonsums erheblich eingeschränkt. Die Industrie darf nicht auf Dinge drängen, die die Anti-Tabak-Politik untergraben würden. Doch Diskussionen über Dinge wie Verpackungen, Steuern und illegalen Handel fallen nicht unbedingt unter dieses Verbot. Das "Fehlen eines kommissionsweiten Ansatzes" ist O'Reillys erster Vorwurf, der in einem Brief an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen formuliert und von Politico veröffentlicht wurde. Das "Versäumnis, Protokolle über alle Treffen der Kommission mit Vertretern der Tabakindustrie zu führen und zur Verfügung zu stellen", ist ein weiterer Kritikpunkt. O'Reilly gab der Kommission drei Monate Zeit, um auf ihre Voranfrage zu antworten. 28. April 2023, The People's News, Irland, <https://www.people.ie/news/PN-255.pdf>



Klage gegen Von der Leyen

Ein belgischer Lobbyist hat vor einem belgischen Gericht direkt gegen EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen geklagt. In diesem Fall könnte ihre Immunität aufgehoben und der Austausch von Textnachrichten mit Pfizer-Chef Albert Bourla untersucht werden. Von der Leyen und Pfizer-CEO Albert Bourla stehen im Verdacht, über Textnachrichten direkt eine Vertragsverlängerung über 1,8 Milliarden Euro für zusätzliche Corona-Impf-Dosen an EU-Länder ausgehandelt zu haben.

Das bedeutet, dass der Richter möglicherweise die Aufhebung der Immunität von der Leyens beantragen muss, um die Ermittlungen durchführen zu können. Von der Leyen "wird der 'Usurpation von Funktionen und Titeln', der 'Vernichtung öffentlicher Dokumente' und der 'illegalen Interessenwahrnehmung und Korruption' beschuldigt. Es gibt auch eine laufende Untersuchung der EU-Staatsanwaltschaft. 28. April 2023, The People's News, Irland, <https://www.people.ie/news/PN-255.pdf>

Afrikapolitik der EU: Die EU spielt ihre Druckmittel gut aus

Lesenswerter Interview in der Woz: <https://www.woz.ch/2301/die-welt-im-zentrum-1-4/die-eu-spielt-ihre-druckmittel-gut-aus!/KQA9KWJ0DFA2>

USA und EU: militärische Zusammenarbeit

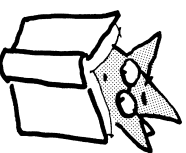
Das US-Verteidigungsministerium (DoD) und die EU-Verteidigungsagentur (EDA) haben mit der Unterzeichnung eines Verwaltungsabkommens (AA) am 26. April 2023 einen Rahmen für die militärische Zusammenarbeit geschaffen. Das AA folgt auf die Erklärung von EDA-Chef Borrell, in der er eine stärkere europäische Marinepräsenz in der Meerenge von Taiwan forderte, damit die EU einen Beitrag zu den Abschreckungsbemühungen gegen China leisten kann. Das EDA-DoD-AA sieht eine stärkere transatlantische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich in bestimmten Bereichen vor, unter anderem beim Informationsaustausch.

Die beiden Parteien einigten sich auf einen Rahmen für eine stärkere institutionelle Integration. Das Verteidigungsministerium wird zu den entsprechenden Sitzungen des EDA-Lenkungsausschusses eingeladen, und die EDA nimmt gegebenenfalls an vom US-Verteidigungsministerium einberufenen Sitzungen teil. Zu den Aktivitäten der Zusammenarbeit gehören Konsultationen zu den Auswirkungen der EU-Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur militärischen Mobilität, zu Fragen der Lieferkette und zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Verteidigung. Außerdem kann das DoD an den offenen Sitzungen des Europäischen Ausschusses für Normung im Verteidigungsbereich teilnehmen. 28. April 2023, The People's News, Irland, <https://www.people.ie/news/PN-255.pdf>. Quelle: <https://www.defense.gov/News/Releases/Release/Article/3373635/dod-signs-new-administrative-arrangement-with-european-defence-agency/>

Forum pour la démocratie directe

social, écologique et critique à l'égard de l'Union Européenne

EUROPA-MAGAZIN



für dezentrale politische Strukturen in Europa

FÜR DIREKTE DEMOKRATIE UND DEN DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAAT

für aktive Menschenrechts- und Minderheitenpolitik

gegen die Schaffung einer europäischen Grossmacht

für das Europa der Demokratien, gegen das Europa der Nationen

FÜR UMWELTSCHUTZ

FÜR EINE GLOBALE AUSGEWOGENE ENTWICKLUNG

GEGEN DIE NEOLIBERALE DAMPFWALZE

FÜR KOOPERATION STATT ZENTRALISATION

- Schicken Sie mir das EUROPA-MAGAZIN zur Ansicht
- Ich möchte beim Forum (bei Gelegenheit) mitpolitizieren.
- Ich möchte das EUROPA-MAGAZIN abonnieren (2 x jährlich - 30 Franken)
- Ich möchte Mitglied des Forums werden und zahle den Mitgliederbeitrag von Fr. 50.- (30.- für wenig verdienende) (Inklusive Abonnement EUROPA-MAGAZIN).

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Ort: _____

Einsenden an: Europa-Magazin, Jupiterstrasse 9/2288, CH-3015 Bern (Telefon (0041-31-7312914; Fax: 0041-31-7312913; PC: 30-17465-5; IBAN: CH67 0900 0000 3001 7465 5)
Wenn Sie das EUROPA-MAGAZIN abonnieren oder Mitglied des Forums werden wollen, verwenden Sie am besten gleich den beiliegenden Einzahlungsschein. Die Einsendung dieses Talons erbringt sich.

Redaktionsadresse:

EUROPA-
MAGAZIN

Jupiterstr. 9/2288

3015 Bern

Tel. 0041-31-7312914

Fax: 0041-31-7312913



Impressum

Herausgeber:

Forum für direkte Demokratie
EU-kritisch, ökologisch, sozial

Redaktion:

Paul Ruppen (pr)

Lektorat:

Gérard Devanthery, Christian Jungen,
Andreas Bächli

Logos und Bücherstern: Josef Loretan

Entwicklung und Konzeption der Website:

Chris Zumburnn Ventures, CH-2610 Mont-
Solet

Redaktionsadresse:

EUROPA-MAGAZIN, Jupiterstrasse
9/2288, 3015 Bern

Tel. 0041-31-7312914

Fax: 0041-31-7312913

<http://www.europa-magazin.ch>

E-Mail: forum@europa-magazin.ch

Druck: Valmedia AG, 3930 Visp

Auflage: 1400

Erscheinungsweise: 2 mal jährlich

Jahrgang 31, Nr. 78, Juni 2023

Abonnement: Fr. 30.-, Euro 30.-

Redaktionsschluss: 30. Oktober 2023



<http://www.europa-magazin.ch>

Retouren und Mutationen:
Europa-Magazin
Jupiterstrasse 9/2288
3015 Bern

Post
GVA
CH-3000 Brig
P.P.